

**Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut
und sozialer Spaltung**

2. Sitzung

am 4. Juni 2014

im Börsenhof A

Anwesend: Abg. Frau Ahrens (CDU)
Abg. Frau Böschen (SPD)
Abg. Frau Dogan (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Erlanson (DIE LINKE)
Abg. Frau Garling (SPD)
Abg. Frau Grönert (CDU)
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Kastendiek (CDU)
Abg. Frau Krümpfer (SPD)
Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Möhle (SPD), stellv. Vorsitzender
Abg. Röwekamp (CDU)
Abg. Dr. Schlenker (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)
Abg. Dr. vom Bruch (CDU), Vorsitzender
Abg. Weigelt (SPD)
Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Dr. Yazici (CDU)

außerdem sind anwesend:

Prof. Dr. Groh-Samberg	von der Bremen International Graduate School of Social Science
Herr Schwarzer	von der Arbeitnehmerkammer
Herr Dr. Warsewa	vom Institut Arbeit und Wirtschaft
Herr Dr. Bronke	von der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Herr Hoffmann	von der CDU-Fraktion
Frau Müller	Mitarbeiterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Zimmer	Praktikantin bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Weiß	von der Bürgerschaftskanzlei als Assistent des Ausschusses

Beratungsgegenstände

1. Feststellung der Tagesordnung und Genehmigung des Protokolls
2. Ursachen und Phänomene von Armut und Wirkung von vorhandenen und bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut in Bremen und Bremerhaven
3. Beschlussfassung über ständige Gäste des Ausschusses
4. Verschiedenes

Abg. Dr. vom Bruch eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

1. Feststellung der Tagesordnung und Genehmigung des Protokolls

Der Ausschuss ist mit der vorgelegten Tagesordnung und dem ausgeteilten Protokoll einverstanden.

2. Ursachen und Phänomene von Armut und Wirkung von vorhandenen und bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut in Bremen und Bremerhaven

Abg. Dr. vom Bruch erteilt das Wort Herrn Prof. Dr. Groh Samberg.

Herr Prof. Dr. Groh-Samberg: Zunächst einmal herzlichen Dank für die Einladung. Ich habe mich darüber persönlich gefreut. Ich bin noch nicht so wahnsinnig lange in Bremen, immerhin doch schon vier Jahre, und beschäftige mich schon sehr lange mit dem Thema Armut. Wir drei haben uns im Vorfeld so verständigt, dass wir einen Zoom machen. Ich beginne sozusagen mit der Vogelperspektive und berichte Ihnen eher allgemein über Entwicklungen von Armut in Deutschland. Die Kollegen zoomen dann immer tiefer in die Verhältnisse in Bremen hinein.

Ich beginne auch gleich erst einmal mit der wichtigsten Botschaft, die ich Ihnen mitteilen will, und zwar mit Thesen zur Armutsentwicklung. Wenn Sie Armut - und das sollte man nicht nur über die letzten drei Jahre, sondern über einen längeren Zeitraum - betrachten, dann - ich zeige es Ihnen gleich noch - werden Sie feststellen, Armut wächst schon seit über 30 Jahren in Deutschland. Es ist also nicht erst ein Problem seit gestern, sondern ist ein langfristiges und auch strukturiertes Problem. Der eine Punkt, auf den ich ganz besonders in diesem Kontext immer hinweise, auch in meinen eigenen Forschungen, ist der, dass sich in diesem Zusammenhang Armut über die Zeit zunehmend verfestigt hat. Das ist der wichtigste Punkt, der auch ein Stück weit erklären kann, warum Armut immer weiter steigt und wieso es auch so schwer ist, gegen diesen Trend etwas zu tun.

Dieser Anstieg von Armut steht auch im Kontext eines Wandels der deutschen Sozialstruktur insgesamt, die man ganz gut durch zwei Komponenten erklären kann. Das eine ist, dass wir auch in diesem Zeitraum eine Zunahme von Verteilungsungleichheiten beobachten. Wir sehen natürlich nicht nur in Deutschland, sondern in vielen europäischen und auch anderen Gesellschaften, aber einen sehr signifikanten Anstieg von Verteilungsungleichheiten zwischen arm und reich. Das andere Merkmal ist, dass Sie in Deutschland - und das ist wirklich

spezifisch für Deutschland - einhergehend damit, relativ wenige Mobilitätschancen haben. Das ist ein spezielles Charakteristikum des deutschen Wohlfahrtsstaates und deutscher Sozialstruktur. Im internationalen Vergleich haben Sie relativ wenige Bildungschancen, Mobilitätschancen im Lebenslauf, auch über die Generationen hinweg. Hier ist der springende Punkt, dass sich an dieser Tatsache relativ wenig geändert hat, das heißt wir haben zunehmende Verteilungsungleichheiten bei stabilen Chancenungleichheiten. Das macht, glaube ich, die besondere Situation in Deutschland aus.

Ich werde Ihnen auch noch detaillierter zu zeigen versuchen, dass diese Verfestigung von Armut insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass es über die Zeit immer schwieriger geworden ist, aus der Armut wieder herauszukommen. Es ist Treiber der Armutsentwicklung. Es ist nicht so sehr der Fall, dass es immer häufiger Abstürze oder Abstiege in Armut hinein gibt. Sie haben auch zugenommen, aber weniger deutlich und dramatisch als umgekehrt die Aussteige immer seltener geworden sind.

Das sind die zentralen Botschaften, die ich habe, aber als Forscher und Wissenschaftler will ich es Ihnen natürlich auch anhand von Daten und Statistiken etwas näherbringen. Zunächst einmal zum ersten Punkt, zur langfristigen Perspektive des Anstiegs der Armut. Was Sie hier sehen, sind lange Zeitreihen, die bis zum Jahr 1962 zurückreichen und Sie sehen anhand verschiedener Datensätze, die wir haben, wie hoch die Armutsquote, die sogenannte relative Einkommensarmutsquote, ist. Wichtig sind gar nicht die Details, sondern erst einmal nur dieser geschwungene Verlauf der Abnahme von Armut bis in die Siebzigerjahre hinein und seither eigentlich einen relativ deutlichen Anstieg, der natürlich auch durch konjunkturelle Schwankungen geprägt ist. Es gibt auch Phasen des Rückgangs der Armut, aber alles in allem ist es ein Anstieg.

Was Sie vielleicht nicht ganz so gut erkennen können, ist, dass es einen besonders deutlichen Anstieg gegeben hat, etwa zwischen den Jahren 1999 und 2005 kann man es relativ exakt verorten. Dieser Anstieg ist auch im internationalen Vergleich herausstechend. Im Jahr 2005 hatten wir natürlich auch die Phase, den Peak der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland, seitdem geht die Arbeitslosigkeit zurück. Die deutsche Konjunktur entwickelt sich im internationalen Vergleich eigentlich erfreulich gut, aber die Armutsquoten gehen nicht im gleichen Maße zurück. Sie steigen zwar, wenn die Arbeitslosigkeit steigt, aber sie gehen nicht mehr zurück, obwohl wir diesen Rückgang in der Arbeitslosigkeit haben. Die Frage ist also: Kam es zu einer Entkopplung zwischen Armuts- und Konjunktorentwicklung?

Ich habe Ihnen auch einmal, was die Ursachen des Armutsanstiegs betrifft, Ergebnisse aus dem Tübinger Gutachten vom 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung mitgebracht, die sehr schön zeigen, wie man Entwicklung gerade in diesem Zeitraum 1999 bis

2005, wo wir diesen ganz steilen Anstieg hatten, erklären kann. Das bezieht sich zwar hier auf Einkommensungleichheit, nicht nur auf Armut, aber die Armutsentwicklung lässt sich zum guten Teil ähnlich erklären. Was diese statistischen Analysen zeigen, ist, dass dieser Anstieg von Einkommensungleichheit in diesem Zeitraum zu einem guten Teil auf den Anstieg der Arbeitslosigkeit oder den Rückgang der Beschäftigten in diesem Fall kaum zurückzuführen ist. Noch viel größer ist aber der Anteil, der zurückzuführen ist auf die Lohnungleichheiten unter denen, die noch eine Beschäftigung haben. Das ist sogar der größere Erklärungsfaktor. Mindestens ebenso groß wie der Erklärungsfaktor der Beschäftigungsentwicklung sind tatsächlich die Veränderungen im Steuerrecht, die in dieser Zeit zu einer deutlichen Umverteilung von unten nach oben geführt haben und mindestens zu einem ebenso großen Anteil wie der Zunahme der Arbeitslosigkeit den Anstieg von Einkommensungleichheit erklären können. Das ist ein wichtiger Befund, finde ich.

Verminderte oder gar keine Einflüsse lassen sich für diesen Anstieg in diesem Zeitraum auf demokratische Veränderungen und erstaunlicherweise auch auf die Hartz-Reform zurückführen. Sie haben scheinbar diese Entwicklung zumindest in diesem Zeitraum nicht signifikant beeinflusst.

Um jetzt noch einmal etwas differenzierter zu untersuchen, wie sich die Armut in Deutschland entwickelt hat, zeige ich Ihnen noch einmal Analysen, die auf einem Datensatz basieren, der häufig in der Armutsberichterstattung verwendet wird und den Vorteil hat, dass man hier Armut nicht nur auf Basis von Einkommen, sondern auch auf Basis von Lebenslagen analysiert. Man kann Armut multidimensional betrachten, wenn Sie Informationen zu verschiedenen Lebenslagen haben. Der ganz große Vorteil ist zudem, es ist ein Längsschnittdatensatz, mit denen dieselben Personen über mehrere oder längere Zeiträume wiederholt befragt werden, sodass wir auch sehen können, wie sich Armut nicht nur zu einem Zeitpunkt gestaltet, sondern über einen längeren Zeitraum.

Was wir hier betrachten, sind jeweils die befragten Personen über fünf Jahre hinweg. Ich betrachte ihr Einkommen und ihre Lebenslagen und entwickle dann eine Typologie, die ich ganz kurz erläutern will. Sie sehen, dass sie eine vertikale Achse hat mit den Extrempolen. Hier unten befindet sich das, was ich die Zone der verfestigten Armut nenne. Dort ordne ich die Personen ein, die über die fünf Jahre kontinuierlich in Einkommensarmut leben und in den Lebenslagen, die ich betrachte - das ist die Wohnsituation, die Situation der finanziellen Rücklagen und die Beschäftigungssituation -, also in den Dimensionen, in denen auch Deprivationen auftreten, und zwar kontinuierlich über die fünf Jahre hinweg. Am anderen Pol sind all die Personen, die über die fünf Jahre hinweg gute Einkommen haben und keine Probleme in diesen Lebenslagen aufweisen.

Dann gibt es aber natürlich auch Zwischengruppen, diese Graustufen. Wir haben einmal die Gruppe der Prekären oder die, die ich Gruppe der Prekarität nenne. Personen, die immer nahe an den Einkommensarmutsgrenzen sind und auch zumindest vereinzelt in einzelnen Dimensionen hier immer wieder Probleme ausweisen, die aber trotzdem noch nicht dauerhaft in diese verfestigte Armut abgerutscht sind. Eine Gruppe, die eigentlich nah am gesicherten Wohlstand ist, aber wo es zumindest in einzelnen Jahren in dem fünfjährigen Zeitraum, entweder bei dem Einkommen oder auch bei einzelnen Lebenslagendimensionen, zu Jahren mit Problemen kommt.

Dann gibt es aber auch so eine Art vertikale Achse hier. Wenn ich fünf Jahre betrachte, gibt es natürlich auch Personen, die in einem fünfjährigen Zeitraum Jahre erleben, in denen sie gut dastehen und Jahre, in denen es ihnen schlecht geht. Das ist die Gruppe der temporären Armen. Genauso gibt es auch Personen, etwas kurios, die dauerhaft ganz gute Einkommen aufweisen, aber trotzdem Lebenslagenprobleme haben oder umgekehrt. Sie klassifiziere ich als widersprüchliche Typen. Die interessante Frage ist hier: Wie entwickelt sich das über die Zeit? Das habe ich Ihnen hier abgetragen. Links ist Westdeutschland, rechts ist Ostdeutschland, ich hoffe, Sie können es erkennen. Das ist der erste Fünfjahreszeitraum von 1984 bis 1988 und zeigt, wie sich die Bevölkerung auf ihre sechs gebildeten Typen verteilt. Das geht dann sozusagen weiter bis zum Zeitraum 2008 bis 2012, den aktuellsten Daten.

Was Sie sehen, ist die Zone der verfestigten Armut am unteren Rand, die sozusagen über den Zeitraum hinweg deutlich zunimmt. Das sind natürlich geringere Quoten als wir sie aus dem Armutsbericht kennen, weil das wirklich die Personen sind, die dauerhaft nicht nur in den Einkommen, sondern auch in den Lebenslagen sehr prekär sind. Diese Gruppe nimmt zu. Die anderen Armutsgruppen, die man durchaus auch so nennen kann, also die Gruppe, die in der Prekarität lebt, die Gruppe, die temporär arm ist oder die Gruppe, die nur einseitig inkonsistent arm ist, die entwickeln sich eigentlich relativ stabil über den Zeitverlauf. Das ist eine wichtige Botschaft. Man hat oft geglaubt, dass Armut vor allem bei denen wächst, die kurzzeitig von Armut betroffen sind, aber die Analysen zeigen genau das Gegenteil. Die Armut nimmt insbesondere in der Gruppe zu, die dauerhaft und multipel von Armut betroffen ist.

Ansonsten sehen Sie, dass die Gruppe, die im gesicherten Wohlstand mit einzelnen Schwankungen lebt, nahe 50 Prozent, relativ stabil ist. Was abnimmt ist die Gruppe, in der der Wohlstand Risse zeigt, also wo es einzelne problematische Jahre gibt.

Dieselben Trends sehen Sie auch für Ostdeutschland, nur noch viel ausgeprägter. Sicher interessiert es Sie jetzt nicht so ungemein, aber das ist schon eine extrem dramatische Ent-

wicklung, die sich in Ostdeutschland abspielt. Bremen wird näher am ostdeutschen Pol als am westdeutschen Pol sein.

Ich habe Ihnen hier noch einmal gezeigt, wie sich das Risiko in dieser verfestigten Armut nach unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen über den Zeitraum entwickelt hat. Die rote Linie sind Personen - ich habe es hier nach einem soziologischen Klassenschema probiert -, die in Haushalten von einfachen Arbeiterinnen und Arbeitern leben. Sie sehen, wie deutlich diese Quoten nach oben gegangen sind. 20 Prozent dieser Arbeiter in Deutschland leben in dieser verfestigten Armut, während es hier unten bei den höheren sozialen Klassen zwar auch leichte Anstiege gibt, aber eben doch viel geringere. Sie sehen, dass Armut sozialstrukturell bei bestimmten Bevölkerungsgruppen auch immer stärker konzentriert ist. Das kann ich Ihnen noch für andere Gruppen zeigen, die Sie sicherlich auch kennen. Das hier sind Migranten im Unterschied zu Ostdeutschen und Westdeutschen. Das sind unterschiedliche Altersgruppen, aber ich will hier gar nicht auf die Details eingehen, sondern noch einmal als Zwischenfazit gerne festhalten: Wir haben eine Verfestigung von Armut in Deutschland und das ist wirklich ein Punkt, auf den ich immer wieder versuche hinzuweisen, weil er in meinen Augen in der Armutdiskussion, die ja in Deutschland durch Armuts- und Reichstumsberichterstattung sehr breit geführt wird, oft ein bisschen kurz kommt.

Vor allem der Punkt, dass - das könnte ich mit detaillierteren Analysen noch genauer zeigen - der Sockel der verfestigten Armut über die Zeit ansteigt. Warum ist das so? Er steigt nicht so sehr an, weil immer mehr Menschen dort hineinfließen, sondern weil immer weniger Menschen aus der verfestigten Armut herauskommen. Das ist wirklich eine dramatische Entwicklung.

Verfestigung von Armut heißt auch, dass sich Problemlagen kumulieren, dass Einkommens- und verschiedene Lebenslagen betroffen sind, dass sich Armut in bestimmten sozialstrukturellen Gruppen konzentriert und natürlich auch - und das wird hier sicherlich ein wichtiges Thema sein -, dass sie sich sozialräumlich auch festsetzt, dass sie sich in Stadtteilen und natürlich in Familien und Lebensläufen festsetzt und es damit auch weitergegeben wird.

Ich habe Ihnen noch ganz kurz eine exemplarische Analyse mitgebracht, die Ihnen den Anteil der Zwanzigjährigen hier anzeigt, die ein Abitur haben, und zwar für drei Gruppen. Hier oben sind die, die in ihrer Kindheit und Jugend im Alter von 10 bis 14 Jahren nie in Armut waren. Von ihnen erreichen 45 Prozent das Abitur. Unten sind die Personen, die drei bis fünf Jahre in ihrer Kindheit in Armut gelebt haben. Noch gute sechs bis sieben Jahre später macht sich das bemerkbar, denn nur 15 bis 20 Prozent erreichen das Abitur. Das ist dasselbe. Hier betrachte ich die Vierundzwanzigjährigen unter dem Einfluss der Armut in der Jugendphase im Alter von 14 bis 18 Jahre.

Also Armut hat einen signifikanten Einfluss auf die Bildungschancen und die wiederum haben einen zunehmenden Einfluss auf die Armut. Das ist auch im Wesentlichen das, was ich mit der Verfestigung meine. Ich denke, sie markiert einen dramatischen Wandel der sozialstrukturellen Armut in Deutschland und ist zu verstehen als eine komplexe soziale Dynamik des Festsetzens von Armut in Biografien und Stadtteilen. Deswegen ist sie ein Träger und schwer umkehrbar. Das ist für Sie jetzt sicherlich keine ermutigende Botschaft, aber Sie werden sich sicher damit schon auseinandergesetzt haben. Ich habe jetzt aus allgemeiner Perspektive versucht, wo Ansatzpunkte zur Bekämpfung von Armut aus meiner Sicht bestehen und knüpfen an das an, was ich eingangs gesagt habe. Der Wandel der deutschen Sozialstruktur lässt sich über diese beiden Komponenten zusammenfassen. Wir haben zunehmende ökonomische Verteilungsungleichheiten, aber wir haben anhaltend geringe Mobilitätschancen. Somit ist es logisch, an beiden Punkten anzusetzen. Das heißt, Ungleichheiten müssen reduziert und Mobilitätschancen erhöht werden.

In der Diskussion ist sicherlich der Punkt Erhöhung der Mobilitätschancen gerade auch in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Bildungsdiskussion immer derjenige, der als erster genannt wird, wenn es um die Frage geht, wie wir Armut bekämpfen können. Wir müssen die Chancen erhöhen. Das ist absolut richtig, aber ich gebe trotzdem zu bedenken, dass das in Deutschland kein leichtes Unterfangen ist. Die deutsche Sozialstruktur ist auf so etwas wie Statuserhalt ausgelegt und nicht auf soziale Auf- und Abstiege in einem besonders hohen Maße. Ebenso wichtig ist es, dass man die Entwicklung der zunehmend ökonomischen Verteilungsungleichheiten bekämpft. Auch an dieser Front muss angesetzt werden. Mit Programmen zur Erhöhung von Chancen und Gleichheiten allein erreichen Sie es nicht.

Was bedeutet es, Ungleichheiten zu reduzieren? Ich hatte es soeben erwähnt. Es sind vor allem Lohnungleichheiten, die in dramatischer Weise zugenommen haben und das hat in den letzten vier bis fünf Jahren sicherlich auch nicht abgenommen. Es gilt aber auch, die steuer- und transferpolitische Umverteilung, die eigentlich in den letzten 20 Jahren von unten nach oben verlaufen ist, wieder umzukehren. Wir müssen wieder von oben nach unten umverteilen. Ich glaube, an diesem Faktum kommt man nicht vorbei.

Natürlich bauen wir auf die klassischen Maßnahmen zur Stabilisierung von Einkommens- und Lebenslagen bei den Gruppen. Was wir auch machen müssen ist die Erhöhung der Mobilitätschancen. Hier ist es, glaube ich, sehr wichtig darauf hinzuweisen, dass solche Maßnahmen, die sozusagen einzelne Personen adressieren, zusammenwirken mit Maßnahmen, die eher auf einer strukturellen oder kollektiven Ebene ansetzen. Wir wissen aus sehr vielen Biografien durch Interviews mit Personen aus Armutsmilieus, aus benachteiligten Herkunftsgruppen, die sozusagen den sozialen Aufstieg - Bildungsaufstieg - geschafft haben, dass sogenannte signifikante Dritte eine wesentliche Rolle spielen. Das sind Mentoren im Lebens-

lauf wie der Sportlehrer, der Sozialarbeiter oder auch ein Verwandter oder eine befreundete Familie. Wir wissen, dass das wirksam und hilfreich ist, aber das hilft erst einmal nur dem Einzelnen.

Deswegen ist es wichtig, etwa bei der Bildungsförderung, gezielt so anzusetzen, dass nicht nur die Kinder sondern auch die Familien gefördert werden und man verlässliche soziale Infrastrukturen schafft. Ich glaube, hier kommt die Stadtteilpolitik ins Spiel, mit der man nicht nur an den einzelnen Individuen oder am Bildungssystem arbeitet, sondern an den Stadtteilen und man versucht, ganze Stadtteile aufzuwerten. Dafür gibt es interessante Modellprojekte, wie zum Beispiel das Modellprojekt Monheim, das mittlerweile auch in vielen anderen Städten angelaufen ist, wo man sehr ausführliche Präventionsketten und vernetzte Strukturen hat, wo man versucht, den ganzen Stadtteil aus der Armut herauszuführen und nicht nur Einzelne oder einzelne Punkte des Lebenslaufs, sondern sozusagen die ganze biografische Spanne abfängt. Das sind in meinen Augen erfolgsversprechende Konzepte. Damit bin ich am Ende.

Abg. Dr. vom Bruch betont, dass weniger die geschilderten Fakten als die Aussage erschreckend seien, dass es sich bei der Armutsentwicklung um einen trägen Prozess handle, der sich in den letzten Jahren entwickelt habe und sich nicht von jetzt auf gleich durch Umliegen eines Schalters in eine gegenteilige Richtung entwickeln werde, sondern eine langfristige Perspektive erforderlich sei. Die Frage sei nun und auch Ansinnen dieses Ausschusses, wie die Umkehr dieser Richtung des Zusammenhangs und der Perspektive mittel- und langfristig aus Sicht eines Landes oder einer Kommune gestaltet werden könne.

Da in den Ausführungen der langfristigen Entwicklung der Armut Daten der Sechzigerjahre vorliegen, ist die Frage, ob die Definition von Armut zu dieser Zeit dieselbe sei wie heute und damit die analytischen Daten überhaupt vergleichbar. Zum anderen habe Herr Prof. Dr. Groh-Samberg eindrucksvoll geschildert, dass sich in der jüngeren Vergangenheit Konjunktur und Armutsentwicklung voneinander entkoppelt haben. Die Frage ist, warum dies der Fall sei und warum es in früheren Zeiten anders.

Herr Prof. Dr. Groh-Samberg erläutert, dass die Zeitreihen auf derselben Definition von Armut basieren und den unteren Teil der Verteilungsungleichheit betrachten. Das sei die relative Einkommensarmut, also Menschen, die weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens haben. Das Verständnis von Armut habe sich allerdings deutlich verändert. In den Sechzigerjahren habe man weniger über Armut, sondern über Randgruppen diskutiert und es existierte die Erwartung, dass Armut grundsätzlich verschwinden würde. In den Siebzigerjahren folgte eine Latenzphase und man sprach erst wieder in den Achtzigerjahren über Armut im Zuge der Arbeitslosigkeit. Hinzu kamen die Exklu-

sions- und Underclass-Debatten aus Frankreich und den USA, dann gab es die „dynamische Armut“. Trotz des unterschiedlichen Verständnisses von Armut, seien die Zeitreihen aber so, dass man sie vergleichen könne.

Die Entkopplung von Armuts- und Konjunkturentwicklung sei fraglich. Wenn es so ist, sei das eine besonders problematische Entwicklung. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 2005 habe sich dadurch vollzogen, dass das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen sich kaum verändert habe und es nur anders aufgeteilt wurde. Natürlich sei die Entwicklung von Mini- und Medijobs und die Entwicklung im Niedriglohnbereich ein wichtiger Treiber. Ein Anstieg von Arbeitsmarktungleichheiten oder auch sogenannte Arbeitsmarktsegmentierungen seien schon lange zu beobachten und bestimmte Segmente des Arbeitsmarktes grenzen sich gegeneinander ab, sodass es immer schwieriger werde von einem Segment in das andere zu gelangen. Die Hartz-Reform habe der gesamten Entwicklung noch mal einen Schub gegeben, insbesondere was Mini-Jobs, aber auch befristete und prekäre Beschäftigungsverhältnisse betreffe.

Dies könne ein Grund für die Entkopplung sein, was bedeuten würde, dass es eine Verschiebung zu einer Armut in Arbeit statt vorheriger Armut in Arbeitslosigkeit geben würde.

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonthier unterstreicht, dass es also erforderlich sei, die Verfestigung der Armut zu lockern und dass es notwendig sei, zum einen bei der Bildung und zum anderen stadtteilspezifisch anzusetzen. Sie fragt, ob es Best-Practice-Modelle gebe, bei denen Familien mit einbezogen werden und ob es aus Sicht von Herrn Prof. Dr. Groh-Samberg sinnvoll sei, Zuständige des Modellprojekts Monheim exemplarisch einzuladen.

Herr Prof. Dr. Groh-Samberg legt dar, dass es ein wichtiger Trend sei, dass Schulen versuchen, Eltern mit einzubeziehen, beispielweise durch Eltern-Cafés oder auch über Elternbildung. Sind die Kinder die ersten, die in der Familie das Gymnasium besuchen, sei es empfehlenswert auch die Eltern mit einer für sie vielleicht fremden Welt vertraut zu machen, um Bildungsaufstiege zu ermöglichen.

Das Modellprojekt Monheim sei sehr sinnvoll und Frau Gerda Holz vom Frankfurter Institut für Sozialpädagogik und Soziales habe das Projekt von wissenschaftlicher Seite maßgeblich begleitet. Es sei sehr sinnvoll jemanden einzuladen.

Abg. Dr. Güldner hebt hervor, dass immer nur gleich viele Menschen über einen gewissen Zeitraum neu in Armut verfielen, aber immer weniger wieder herauskämen und die Quote damit logischerweise ansteige. In den Sechzigerjahren hätten die Zeitreihen eine Aufwärtsmobilität gezeigt. Die vertikale Mobilität im System funktionierte also noch. Heute sei es jedoch schwierig diese zu fördern, da alles zu starr und verfestigt sei. Abg. Dr. Güldner gibt zu

bedenken, dass eine der Hauptaufgaben der Armutsbekämpfung sei, diese Verfestigung aufzuheben und die Aufwärtsmobilität zu fördern und würde gerne wissen, welches die Gründe für einen Einbruch der Aufwärtsmobilität in den Achtzigerjahren seien.

Herr Prof. Dr. Groh-Samberg weist noch einmal auf einen Punkt hin, den man unterscheiden müsse – die absolute und die relative Mobilität. Der wirtschaftliche Strukturwandel hänge sehr stark damit zusammen wie viele Ausstiegsmöglichkeiten vorhanden seien. In den Sechziger- und Siebzigerjahren habe es Bewegungen in den Arbeitermilieus gegeben, die oft ländlich geprägt waren. Ganze Generationen seien über Bildungsaufstiege in neue Berufsgruppen eingetreten. Das seien absolute Mobilitäten. Bei Betrachtung der Entwicklung dieser Gruppe, relativ zu anderen sozialen Gruppen, werde am Beispiel der Bildungsreformen deutlich, dass die Arbeitermilieus sehr stark davon profitiert hätten, aber mindestens genauso stark haben auch die Mittelschichten und die oberen Schichten von dieser Öffnung profitiert. Das sei der Fahrstuhleffekt. Die ganze Klassengesellschaft werde sozusagen eine Stufe höher gefahren. Deswegen zeigten Analysen auch immer wieder die relativen Bildungschancen, die in dieser Phase nur leicht zurückgegangen seien. Die relativen Chancenungleichheiten seien nur leicht zurückgegangen, obwohl es viel absolute Mobilität gegeben habe.

Mittlerweile gebe es aber eine Situation, in der auch absolute Aufstiegsbewegungen gar nicht mehr so häufig vorkommen und insbesondere für die unteren Milieus selten seien. Das sei aber keine kollektive Erfahrung. Es seien gar nicht so wenige, die es aus den Milieus herauschaffen. Das Problem sei aber, dass es im Laufe der Jahre immer weniger geworden sind. Welches Ursachen für individuelle Aufstiege sind, sei schwer zu beantworten. Es falle den Wissenschaftlern auch nach Durchführung von Projekten schwer zu sagen, woran es systematisch liege. Es habe auch viel mit Glück zu tun. Ein Punkt sei natürlich auch ein unterstützendes Elternhaus. Interessant seien aber die Fälle, die den Aufstieg schaffen, obwohl die Ressourcen im Elternhaus und auch im Stadtteil nicht vorhanden sind. Und letzteres hänge auch nach Einschätzung von Herrn Prof. Dr. Groh-Samberg vom Glück ab.

Abg. Frau Vogt fasst zusammen, dass die Zunahme der prekären Beschäftigung wie Minijobs den Hartz-Reformen geschuldet sei. Neustrukturierungen der Arbeitsförderungsmaßnahmen seien entscheidende Änderungen gewesen, die ihrer Meinung einen gravierenden Einfluss im Sinne einer negativen Mobilität hatten. Abg. Frau Vogt fragt, welchen Einfluss Herr Prof. Dr. Groh-Samberg sehe.

Herr Prof. Dr. Groh-Samberg meint, dass es einen erstaunlichen Zusammenhang zwischen der Abnahme der alten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und dem Anstieg von Armut gerade in Ostdeutschland gebe. Er könne dazu jedoch keine empirische Studie nennen. Es sei aber eine interessante Frage.

Abg. Frau Vogt interessiert, ob Herr Prof. Dr. Groh-Samberg bei der Vererbung von Armut in Stadtteilen Chancen sehe, extern an dieser Vererbung von Armut außerhalb von Bildungsmobilität über die sozialräumliche Struktur einzugreifen.

Abg. Frau Dogan möchte wissen, ob analysiert wurde, welches die Gründe für Mobilitätsausstiege sein könnten. Es interessiere sie, ob die Menschen in bestimmten Stadtteilen gewohnt haben oder bestimmte Förderungen in den Familien installiert wurden.

Herr Prof. Dr. Groh-Samberg glaubt, dass es nicht zu vernachlässigende Effekte habe, wenn man Stadtteile wie Gröpelingen mittels Investitionsprogrammen saniert. Wenn in einem Stadtteil, in dem man wohne, Spielplätze demoliert und Sanitäranlagen von Schulen in einem miserablen Zustand sind, überall an den Gebäuden Zeichen der Verwahrlosung sind, könne man von einer Botschaft sprechen, die den dort lebenden Menschen mitgeteilt werden. Sozialräumliche Interventionen haben den Effekt, dass sie das Gefühl vermitteln können, dass es jemandem wichtig ist, was mit einem passiert. Andersherum, ohne Interventionen, könne genauso das Gefühl vermittelt werden, dass es der Gesellschaft gleichgültig ist, was mit einem passiert und wie es dem Stadtteil gehe, sodass auch keinerlei Motivation bestehe an der individuellen Situation etwas zu ändern.

Abg. Dr. vom Bruch erteilt das Wort Herrn Schwarzer.

Herr Schwarzer: Ich hoffe bei einigen natürlich auch, dass Sie das eine oder andere von der Kammer oder an Veröffentlichungen schon kennen und es nicht so viele Dinge gibt, die doppelt sind. Dennoch ist es natürlich ein grundsätzliches Thema, zu dem ich natürlich heute nicht ganz viele und ständig neue Dinge beitragen kann. Ich kann nur vorweg so viel sagen, in wesentlichen Punkten stimme ich mit Prof. Dr. Groh-Samberg überein, aber in der Interpretation und der Ausrichtung, auch was politisch möglich ist, sehe ich einige Punkte anders. Deswegen noch einmal vielen Dank an Sie, Herr Dr. vom Bruch und an die Ausschussmitglieder, für die Einladung und dafür, dass ich es hier heute noch einmal vorstellen kann.

Ich bin in diesen Ausschuss gekommen, weil ich es ausgesprochen gut, richtig und wichtig finde, sich über eine längere Zeit systematisch mit diesem Thema, gerade bezogen auf Bremen und Bremerhaven, zu beschäftigen. Es sind ja von der Einladung her im Grunde genommen zwei Fragen gestellt, auf die ich auch antworten will: Was sind die Ursachen für die zunehmende Gefahr in Bremen und Bremerhaven in Armut zu geraten? Was wissen wir über vorhandene und bisherige Maßnahmen? Zu dem zweiten Teil werde ich am Ende noch nicht so viel sagen, aber ich glaube, durch den Beitrag von Herrn Dr. Warsewa werden wir dazu noch etwas mehr hören.

Vorweg möchte ich aber eine kurze persönliche Anmerkung machen, damit Sie einordnen können, warum ich mich eigentlich mit Themen wie Armut, sozialer Spaltung und ähnlich unerfreulicher Phänomene beschäftige. Wenn ich das hier so sagen darf, der Ausgangspunkt war das Jahr 2000, also vor fast 15 Jahren. Damals beauftragte die niedersächsische Landeshauptstadt Hannover ein Sozialforschungszentrum, in dem ich gearbeitet habe, den hannoverschen Stadtteil Vahrenheide in Bezug auf Armutsprobleme zu untersuchen. Wer von ihnen Vahrenheide nicht kennt, es ist das Tenever von Hannover. Die Hochhäuser in beiden Stadtquartieren sehen sich zum Verwechseln ähnlich und ganz ähnlich sind auch die Problemlagen. Ich erzähle Ihnen diesen kurzen Umweg, weil er ins Zentrum unseres Themas führt.

Was waren meine beiden wichtigsten Erfahrungen aus diesen zentralen Ergebnissen einer zweijährigen Beschäftigung damals mit einem sogenannten Armutsstadtteil? Ich fange anders, als wir es bisher besprochen haben, mit einer guten Botschaft an. Es muss und es kann in solchen Stadtquartieren sehr viel bewegt werden, um die Gefährdung durch Armut zu reduzieren, um die Teilhabe der Bewohnerschaft zu verbessern und ihr Zusammenleben lebenswerter zu gestalten. Diese Erfahrung ist ja gerade hier in Bremen kein Geheimnis, mit der doch erfolgreichen Entwicklung in einem Stadtteil wie Tenever direkt vor unserer Tür.

Doch solche positiven Entwicklungen schaffen die Bewohnerinnen und Bewohner nicht allein, sondern nur gemeinsam mit den Aktiven vor Ort und mit erheblicher Unterstützung durch die gesamte Stadt, insbesondere durch die Stadtpolitik und - auch das muss gesagt werden aus der Erfahrung heraus - durch gezielte Bundesprogramme, die wir ja auch in den letzten Jahren und Jahrzehnten zum Teil hatten. Doch in Teilen der Öffentlichkeit, der Medien und auch in Teilen der Politik dominiert häufig die Haltung, Armut hat es schon immer gegeben und man kann auch in der Politik relativ wenig ausrichten. Meiner Meinung nach handelt es sich dabei häufig auch um Abwehrargumente.

Die zweite gute Botschaft ist, diese Abwehrhaltung hat sich in den letzten Jahren zum Glück vor allem in vielen deutschen Großstädten ins Gegenteil verkehrt. Armutsprävention ist in vielen Großstädten ein stadtpolitisches Thema geworden, zum Beispiel in Nürnberg. Dort hat der Oberbürgermeister Ulrich Maly von der SPD durch regelmäßige Sozialberichte, Armutskonferenzen und einem Konzept zur Prävention gegen Kinderarmut, diese Themen auf die politische Agenda gesetzt. Eine ähnliche Entwicklung gibt es ebenfalls im sozialdemokratisch regierten Dortmund.

Im SPD regierten Hannover ist seit 20 Jahren Thomas Walter von der CDU Jugend- und Sozialdezernent. Er stützt sich auf eine gut ausgestattete Koordinierungsstelle zur regelmäßigen Sozialberichterstattung und Sozialplanung, und er setzt den sogenannten Hannover-

schen Weg aus der Armut um, ein Konzept für bessere Perspektiven für Kinder, Jugendliche und Familien in Armut. Ganz ähnlich ist die Situation in der von Oberbürgermeister Dr. Herbert Hoffmann von der CDU regierten Stadt Braunschweig. Dort wurde eine ressortübergreifende Koordinierungsstelle zur Umsetzung eines Handlungskonzeptes zur Prävention von Kinder- und Familienarmut eingerichtet.

Deshalb sage ich gleich vorweg, das von Jens Börnsen einberufene Bündnis für sozialen Zusammenhalt und dieser Bürgerschaftsausschuss sind meiner Meinung nach überfällig. Bremen und Bremerhaven sind beim Thema Armutsprävention nicht an der Spitze der Bewegung in den deutschen Großstädten, obwohl es dazu einige gute Gründe geben würde. Dazu sage ich später noch etwas.

Ich finde das Thema Armutsprävention benötigt eine gemeinsame Anstrengung der Stadtpolitik und der gesamten Stadtgesellschaft und es benötigt keinen ideologischen Parteienstreit, egal ob Mann oder Frau der SPD, der CDU, den Grünen oder der Linken angehört. Deshalb begrüße ich diesen parteiübergreifenden Ausschuss ausdrücklich.

Nun aber zu den Ursachen und Risiken von Armut, also zu den Themen, zu denen Sie mich eingeladen haben. In der Armutsforschung wird meistens zwischen den Ursachen von Armut und den Armutsrisiken unterschieden. Das schwierige die dem Thema Armut ist aber, dass es eine ausgesprochen komplex verursachte Problemlage ist. Die Armutsforscher sprechen deshalb auch von einem besonders tückischen Problem. Tückisch, weil es meistens vielfältig verursacht ist.

Zum Beispiel kann eine Scheidung bei einer Mutter mit zwei Kindern zu Depressionen und Krankheiten führen, sie verliert durch die Krankheitsphasen ihre Teilzeitbeschäftigung, was ihre Isolation erhöht und ihre Krankheit verschärft. Sie gerät in materielle Armut, was sich zusätzlich negativ auf die beiden Kinder auswirkt, die in der Schule durch Lernstörungen auffallen. Es muss aber nicht so sein. Eine ebenfalls in Teilzeit arbeitende Mutter mit zwei Kindern erlebt eine Scheidung vielleicht als Befreiung. Sie kann von Teilzeit auf Vollzeit gehen, weil sie für ihre Kinder in ihrem Ortsteil eine ganztägige Kita-Betreuung oder eine Ganztagschule findet und kommt mit den Kindern ganz gut über die Runden. Findet sie diesen Kita-Platz und die Ganztagschule nicht, lebt sie weiterhin in Armut.

Wenn wir jedoch auf die Zahlen zur Armut schauen, wissen wir das alles nicht. Wir wissen nicht, ob jemand krank wurde und dadurch seine Arbeit verloren hat, oder ob er durch den Verlust seiner Arbeit krank geworden ist und durch Krankheit Schwierigkeiten hat, eine neue Arbeit zu finden. Noch komplizierter wird es, wenn wir die Ergebnisse der Lebenslaufforschung berücksichtigen. Herr Prof. Dr. Groh-Samberg hat es gesagt, gerade hier in Bremen hat es ja Mitte der Neunzigerjahre Untersuchungen gegeben, dass es natürlich den Teil der

verfestigten Armut gibt, aber wir auch diesen Teil haben, wo Menschen in Armut hineingeraten, aber auch wieder herauskommen. Das heißt, dass sie in ihrem Lebenslauf sozusagen in manchen Phasen in Armut sind und in anderen Phasen wieder aus der Armut herauskommen können. Wenn die Kinder zum Beispiel älter sind und aus dem Haus gehen, kommen sie eventuell aus der Armut wieder heraus.

Im Rentenalter, wenn sie wenig eingezahlt haben, droht vielleicht eine neue Phase von Altersarmut. Deshalb wird auch von einer Verzeitlichung von Armut gesprochen. Deshalb ist es auch wichtig, glaube ich, zu betrachten, was ich in drei Punkten noch einmal auf den Punkt bringen möchte. Wird über Armut gesprochen, gibt es oft einfache Antworten, wie zum Beispiel in Arbeit bringen oder eine Qualifizierung machen oder mehr Kindergeld. Diese einfachen Antworten sind faktisch auch nicht falsch, aber solche einfachen Antworten tragen meistens nichts dazu bei, konkrete Armutslagen wirklich zu verbessern. Für die verschiedenen, von Armut betroffenen Gruppen, wie Alleinerziehende, Kinder aus Armutsfamilien, Jugendliche ohne Ausbildung, Migranten, Arbeitslose, Senioren, kranke Menschen oder Menschen mit Behinderung braucht man unbedingt sehr verschiedene und zielgruppengerechte Strategien der Armutsprävention.

Auf vielfältig verursachte Armutslagen muss von mehreren Seiten gleichzeitig, das heißt heutzutage mit integrierten Strategien, reagiert werden. Bei jugendlichen Migranten bedeutet das zum Beispiel gleichzeitige Sprachförderung, betriebliche Einbindung und eine abschlussbezogene Nachqualifizierung, eventuell auch mit der Einbeziehung der Eltern, oder bei jungen Alleinerziehenden eine abschlussbezogene Ausbildung in Teilzeit, passgenaue Kinderbetreuungszeiten in Kita und Schule und Unterstützung in einem Mütterzentrum oder Mehrgenerationenhaus.

Diese individuellen Ursachen von Armut, zu denen ich soeben etwas gesagt habe und die in dieser Beziehung immer wechselreich zusammenwirken, was das Problem darstellt, sind nicht die einzigen Gründe, aber über sie wird meistens gesprochen. Es wird darauf geschaut, was wir individuell bei den Einzelnen machen können, wir haben aber auch strukturelle Ursachen, Prof. Dr. Groh-Samberg hat es angedeutet. Was sind die strukturellen Ursachen der Armut? Es sind Gesellschaften, deren soziale Ungleichheiten - die es aufgrund der extremen Konzentration privaten Reichtums, insbesondere des Vermögens überall gibt - und öffentlicher Verschuldung nicht hinreichenden sozialen Ausgleich betreiben. Es sind Gesellschaften, deren soziale Spaltung durch gespaltene oder auch duale, so heißt es in der Wissenschaft, gesicherte oder prekäre Arbeitsverhältnisse verschärft wird. Es sind Gesellschaften, deren soziale Spaltung durch selektive, stark von der Herkunft mitbestimmte Bildungswege reproduziert werden.

Meistens, wie gesagt, stehen die individuellen Ursachen im Zentrum, wenn es sozusagen aber um die strukturelle Rückdrängung von Armut in der Quantität geht, müssen auch diese strukturellen Ursachen berücksichtigt werden.

Ich habe es hier lediglich abstrakt benannt und in dem Maße wie hier natürlich Bremen als Zweistädtestaat auch nur bedingt beeinflussen kann. Natürlich sind diese strukturellen Faktoren eher auf der Bundesebene beeinflussbar als für ein Bundesland wie Bremen oder schon gar nicht auf der kommunalen Ebene. Über Bremens Einfluss im Bundesrat und über ihr aller bundespolitisches Engagement oder auch des Engagements der jeweiligen Parteien ist natürlich auch die Bundespolitik zu beeinflussen.

Was sind jetzt aber die zentralen Ursachen für die steigende Armut gerade in Bremen? Herr Prof. Dr. Groh-Samberg hat gesagt, wir haben eine Steigerung in der Bundesrepublik, also in Deutschland insgesamt, was ist dann spezifisch für Bremen? Diese Frage nach den Ursachen ist nicht leicht zu beantworten, ich werde mich deswegen versuchen heranzutasten.

Bedenklich an der Entwicklung der steigenden Gefährdung durch Armut in Deutschland ist, dass sie zwischen 2006 und 2012 von 14 auf 15,2 Prozent angestiegen ist, trotz guter Konjunktur und rückläufiger Arbeitslosigkeit. Die Gefährdung durch Armut hat sich quasi von der Konjunktur und den rückläufigen Arbeitslosenzahlen abgekoppelt. Damit verbunden war eigentlich die Hoffnung - und es ist wohl zutreffender, von einer verbreiteten Strategie zu sprechen -, dass man eigentlich immer noch darauf hofft, dass bei entsprechendem Wachstum und rückläufigen Arbeitslosenzahlen, bei steigender Erwerbsbeteiligung, die Armut quasi wie von selbst zurückgehen würde, aber das hat sich nicht bestätigt. Es gibt keine unsichtbare Hand, die wie nebenbei die Gefährdung durch Armut reduziert. Der erwirtschaftete Wohlstand sickert aller Erfahrung nach nicht irgendwie nach unten durch.

Das gilt insbesondere für die Großstädte. In den Großstädten, das ist mein nächster Punkt, ist die Gefährdung durch Armut besonders stark verbreitet. Wir haben, das ist auch keine neue Erkenntnis, eine besonders starke Konzentration in den Großstädten. Soll die Armut reduziert werden, müssen wir schon politisch gezielt aktiv werden, hier in Bremen und Bremerhaven, aber auch auf jenen Politikfeldern, an denen man natürlich in der Kommune und im Land gestaltende Möglichkeiten hat.

Die große Entwicklung, also die bundesrepublikanische und dann auf der Bundesländerebene, ist dann sozusagen noch einmal deutlicher geworden, als es 2012 hieß, dass das Bundesland Bremen zum ersten Mal an der Spitze der Armutsentwicklung war. Auch dieser Effekt hatte damit zu tun, dass die Armutszahlen im Anteil von 2007 von bereits 19 Prozent bis 2012 auf 23 Prozent angestiegen sind. Das heißt, jeder Fünfte in Bremen - bei 662.000 Ein-

wohnerinnen und Einwohnern im Land - waren zu diesem Zeitpunkt ungefähr 150 000 Menschen betroffen.

Denken wir an dieser Stelle an die These der Verzeitlichung, dann heißt das, dass in den letzten Jahren nicht nur die 150 000 Menschen von Armut betroffen waren, sondern ein erheblich größerer Teil. Deshalb sage ich, Armut ist in Bremen und Bremerhaven kein Minderheitenthema, sondern es betrifft eine große Anzahl von Menschen, die diese Erfahrung - manche verfestigt über längere Zeiträume, aber manche auch nur kurzfristig - gemacht haben.

Sie wissen, ich selbst habe es immer wieder gesagt, von der Bundesländerebene auf die Stadtstaaten rückzuschließen, das ist keine gute Methode. Deshalb ist es immer gut, sich Bremens Position im Großstädtevergleich anzuschauen. Dieser Großstädtevergleich, den Sie hier sehen, zeigt Bremen unter den größten Städten mit über 500 000 Einwohnern und Bremen ist dort im oberen Drittel. Das ist vielleicht noch einmal wichtig. Es ist also nicht so, dass Bremen bei der Armutsentwicklung an der Spitze steht. Deutlich werden aber zwei Sachen. Fast alle Großstädte liegen über dem Durchschnittswert von 15,2 Prozent in der Bundesrepublik. Das ist, was ich meinte, dass sich die Armut vor allem in den Großstädten konzentriert, dass sie besonders stark hervortritt und dort auch in besonderem Maße bekämpft werden müsste.

Ein zweiter Punkt, der interessant ist, ist, dass wir drei Städte in Deutschland haben, die unterhalb dieser bundesdurchschnittlichen Armutsquote liegen. Das sind die besonders wohlhabenden Städte wie München, Stuttgart oder auch Hamburg. Aber obwohl die Situation relativ besser in diesen besonders wohlhabenden Großstädten ist, muss man sagen, dass immer noch jeder zehnte von Armut betroffen ist. Das sind immerhin die Regionen, die in Europa zu den reichsten überhaupt vom Bruttosozialprodukt gehören. Das heißt, wir haben das Phänomen der Armut im Reichtum - auch das ist keine neue These.

Ich habe jetzt noch geschaut, wie sich diese Entwicklung in den letzten Jahren zugespitzt oder auch weniger zugespitzt hat. Sie sehen an den roten Pfeilen, dass in den Städten, die sowieso schon besonders stark von Armut betroffen sind, die Armut in den letzten Jahren, nämlich von 2009 bis 2012 in besonderem Maße noch einmal anstieg. Dagegen - das ist sozusagen ab Nürnberg - ist in den Städten, die sowieso schon geringer von Armut betroffen waren, die Armut entweder rückläufig oder sie ist mit den grünen Pfeilen stagniert, also auf stabilem Niveau. Das heißt, wir haben die Entwicklung - Prof. Dr. Groh-Samberg hat es gesagt - dass es ein träger Prozess ist, die Armut ist schwer umzudrehen, es geht leicht rückwärts. Wir haben also in Deutschland einige Städte, die durch ihre Wirtschaftskraft, durch zurückgehende Arbeitslosigkeit, tatsächlich zumindest einen Stillstand oder sogar eine leich-

te Verbesserung hinbekommen haben. Daher ist die Entwicklung nicht völlig von der Wirtschaftskraft, der wirtschaftlichen Entwicklung, abgekoppelt.

Es ist natürlich aber aus der Perspektive Bremens besonders schwierig, dass gerade dort, wo wir die Armut besonders hoch haben - Sie sehen die Städte, die um Bremen herum sind - , gerade dort die Städte haben, die auch durch besonders starke Haushaltsnotlagen, oder im Ruhrgebiet durch Haushaltsaufsicht, gekennzeichnet sind. Das heißt, die erforderlichen Ressourcen, um eine strukturelle Armutsprävention zu machen, sind gerade dort besonders knapp, wo es besonders notwendig wäre. Wir sehen also zwischen den Großstädten diese gespaltene Entwicklung und nach diesem Blick von außen auf Bremen will ich jetzt zum Ende noch einmal auf die innere Struktur kommen, also wie es in Bremen sozusagen in der Stadtgesellschaft aussieht.

Ich habe einmal zentrale Punkte aufgetragen, welche Personen wir im Leistungsbezug haben. Es gibt ja die Vorstellung - jeder weiß das, ist es hat sich in den letzten Jahren kaum verändert - es gibt ungefähr 70 000 Personen in der Stadt Bremen, die auf SGB II Leistungen angewiesen sind. Wenn wir uns diese Gruppe einmal anschauen, dann sehen wir, dass sie sich schon darin aufspaltet, dass ungefähr 52 000 einen Leistungsbezug erhalten, das sind die sogenannten erwerbsfähigen Leistungsempfänger. 20 000 Kinder, die zu diesen 72 000 dazu zählen, sind hier natürlich erst einmal herausgerechnet.

Wir haben die Vorstellung die Menschen - und das wissen Sie auch aus den Medien -, die in Armut leben, sitzen zu Hause, haben viele Kinder und schauen bestenfalls Fernsehen. Wir haben diese Vorstellung der Passivität. Diese können wir in den Gruppen, wenn wir sie hier aufgespalten haben, nicht sehen. Wir haben sozusagen einen erheblichen Teil, das ist fast die Hälfte, in Maßnahmen, also Menschen, die versuchen durch Umschulungen, Qualifizierungen oder andere Maßnahmen wieder den Anschluss zu bekommen oder wieder in Arbeit zu gelangen. Wir haben natürlich dieses Phänomen in den letzten Jahren zunehmend, dass wir Menschen haben, die arm sind, obwohl sie arbeiten, Erwerbsaufstocker, zum Teil sogar mit Vollzeitbeschäftigungen.

Wir haben hier noch eine Gruppe, die manchmal nicht im Blick ist. Es sind überwiegend Frauen, die kleine Kinder haben, die keinen Kita-Platz haben oder bekommen, oder aber auch die, die ältere Menschen pflegen und die wir rein von unseren sozialstaatlichen Vorstellungen davon freistellen, dass sie in dieser Zeit etwas anderes tun, als sich um andere kümmern und sozusagen vom Arbeitsmarkt freigestellt sind. Das heißt, wir haben letztlich von diesen 72 000 Leistungsempfängern ungefähr 20 000, die tatsächlich das darstellen, was sich die meisten unter armen Personen vorstellen, die passiv sind oder den vorgehalten wird,

sie sind zu passiv, um aktiv zu werden und aus ihrer Arbeitslosigkeit herauszukommen. Das ist für meinen Geschmack eine relativ geringe Gruppe.

Ich habe eine Differenzierung gemacht, nämlich um die Frage näher zu beleuchten, ob nicht die gute Konjunktur und wirtschaftliche Leistung in den letzten Jahren dazu beigetragen hat, dass es in Bremen und auch in einigen schwierigen Stadtteilen in Bremen besser geworden ist? Das ist jetzt bezogen auf die Arbeitslosenzahl. Dort haben wir nicht die Arbeitslosenquote, sondern kleinräumig die Arbeitslosenziffer. Sie ist aber aussagekräftig, weil wir überall die Arbeitslosenziffer genommen haben. Ich habe nicht alle Stadtteile genommen - das hätte man sonst nicht mehr lesen können - sondern einige ausgewählt. Wir sehen, dass wir in der Arbeitslosigkeit tatsächlich den Effekt haben, dass sich in den meisten Quartieren, die auch durch relativ hohe Armut gekennzeichnet sind, eine deutliche Verbesserung eingestellt hat. Es hat sich aber auch in den Stadtteilen der Mitte eine deutliche Verbesserung eingestellt, und zwar teilweise erheblich von weit fast an die 20 Prozent auf ungefähr 10 Prozent, also auf ungefähr durchschnittliche Arbeitslosenziffern.

Wir sehen vor allen Dingen, dass wir in den gut situierten oder privilegierten Quartieren Vollbeschäftigung haben. Vollbeschäftigung gibt es nicht nur in Süddeutschland, sondern auch in Bremen, und zwar direkt vor unserer Tür. Das heißt, so ähnlich wie Prof. Dr. Grohsamberg es vorhin erzählt hat, wir haben sozusagen einen gewissen Fahrstuhleffekt, auf dem die Stadtteile und Ortsteile ein Stück nach oben fahren, jetzt bezogen auf die Arbeitslosigkeit, und diejenigen Stadtteile, die aber diesen Verbesserungsprozess nicht mitmachen, das ist leider Gröpelingen, wir haben schon darüber gesprochen, bleiben zurück. Dort besteht das Problem, aber wir sehen auch, dass Tenever sich von 32 Prozent auf 23 Prozent erheblich verbessern konnte.

Was wir hier aber nicht sehen können, ist, dass die Armut gestiegen ist, obwohl diese Verbesserung eingetreten ist. Das heißt, dass wir eine Verbesserung bezogen auf den Arbeitsmarkt hinbekommen, dass wir aber nicht die Situation haben, dass sich im Portemonnaie der Menschen ein besseres Auskommen durch bessere Einkommen niederschlägt. Das heißt, die Armutsquote steigt, obwohl wir eigentlich durch die Quartiere hindurch Verbesserungen in dem Zugang zum Arbeitsmarkt haben.

Jetzt komme ich langsam zu den Themen, was man tun kann. Sie können die Zahlen kaum sehen. Ich will zum Ende noch an einem Beispiel deutlich machen, wie schwierig es ist, aber wie man es trotzdem versuchen muss, wenn man einen Stadtteil oder auf Arbeitsgruppen hin gezielt politisch etwas verbessern will.

Ich habe hier wieder zwei Ortsteile genommen, die wir soeben auch hatten. Der am besten situierte Stadtteil vom Durchschnittseinkommen ist Horn und der am schlechtesten situierte

Stadtteil ist Ohlenhof. Hier sind es im Durchschnitt 17.000 Euro Einkommen in Ohlenhof, 100.000 Euro Einkommen in Horn. Ich zeige Ihnen dieses Bild aus einem Grund, gar nicht, um hier unten jetzt genau die Zahlen erkennen zu können, sondern um eine Struktur erkennen zu können. Es gibt in beiden Stadtteilen in dem Bereich zwischen 20.000 und 35.000 bis 50.000 Euro eine Mittelschicht. Das Plateau ist in beiden Quartieren relativ gleich. Der Unterschied ist, dass wir dann in Horn fast einen 30 prozentigen Wohlstandsberg und in Ohlenhof fast gleich einen 30 prozentigen Armutsberg haben, wobei man dazu sagen muss, hier kommen natürlich diejenigen, die keine Steuern zahlen, also die Sozialleistungsempfänger sind, noch dazu.

Wenn wir jetzt sozusagen etwas in solch einem Stadtteil unternehmen wollen, also wenn wir überlegen, bestimmte Ressourcen für Bildung, Kita, Stadtteilentwicklung und Wohnungsentwicklung in diesen Stadtteilen zu investieren, dann ist noch gar nicht ausgemacht, ob wir in diesen Stadtteilen wirklich die Armutsbevölkerung treffen, oder ob wir diese Mittelschicht treffen. Das ist sicherlich erst einmal auf den ersten Blick kein Problem, weil wir natürlich häufig auch sagen, ja, wenn wir bestimmte Investitionen tun, dann müssen wir auch etwas in die Mittelschicht geben. Wenn wir in diese schwierigen Quartiere gehen, tun wir auch etwas für die Mittelschicht, da sie dort auch lebt. Wir haben also in Bremen nicht die hoch segmentierten Stadtquartiere, sondern wir haben eine soziale Mischung.

Ich weise auf dieses Thema deswegen hin, weil ich Ihnen am Ende noch ein Beispiel erläutern will. Was man gemeinhin auch immer sagt, ist, dass man sozusagen gegen die Armut oder vor allem gegen Vererbung von Kinderarmut Investitionen gerade in den Bereich Bildung tätigen kann. Wir haben ja nun die Situation gerade in Bremen gehabt und haben sie noch immer, dass wir eine relativ neue und fast gänzlich neue Infrastruktur für Kinder unter drei Jahren aufgebaut haben. Das heißt, in Krippen, Spielkreise und Elternvereine ist in den letzten Jahren viel Geld geflossen, auch Bundesmittel. Wie könnte jetzt unter Armutsaspekten solch ein Ausbau bei natürlich auch wieder knappen Mitteln aussehen? Könnte man also diese Mittel sozusagen an einer durchschnittlichen hohen Quote für die Betreuungsplätze unter drei Jahre orientieren? Könnte man dort mehr Plätze schaffen, wo viele Kinder leben, also in kinderreichen Quartieren? Oder schafft man sie dort, wo der höchste Bedarf ist und der stärkste politische Druck der Eltern?

Faktisch, wenn wir uns hier die Zahlen anschauen, ist es zu einer Reproduktion der bekannten Hierarchie zwischen den Orts- und Stadtteilen gekommen, mit dem Ziel der Vereinbarkeit und natürlich auch um den politischen Druck der Eltern an diesen Stellen nachzukommen. Im Mittelpunkt stand bei dieser Infrastrukturpolitik das Ziel, nicht möglichst gleiche Bildungschancen für alle Kinder von Beginn an zu schaffen, sondern es hat sich quasi ohne dass es das Ziel war und es politisch angezielt wurde, solch eine Struktur reproduziert, bei der man

die Chance gehabt hätte zu sagen, es gibt eine politisch ausgleichende Investition in diesem Bereich.

Wenn man sich dann noch anschaut, wie für diese Kinder, die Anteile der Zahlen der Plätze zeitlich ausgestattet sind, dann sieht man, dass in den gut situierten Stadt- und Ortsteilen ganztägige Betreuungsplätze dominieren und in den weniger gut situierten vor allem die vier Stunden Plätze gibt.

Das heißt, wenn man eine solche Investition unter Armutsaspekten hätte steuern wollen oder können, dann hätte man natürlich ein anderes Vorgehen machen müssen. Wir haben vorhin gesehen, die anderen Stadtteile fahren sozusagen auch nach oben und man schafft es nicht, wenn man es von einer relativen Gleichverteilung her macht, diesen Anschluss herzustellen, sondern es wird hier in diesen Bereich weniger investiert. Das heißt, diejenigen Familien, die sowieso schon höhere eigene Ressourcen haben und die besser situiert sind, bekommen von staatlicher Seite noch zusätzliche und höhere Kapazitäten dazu, während die, die sowieso schon wenig haben, mit weniger ausgestattet sind. Wenn die Politikprogramme so gesteuert sind, dann schafft man keine Chancengleichheit und vor allen Dingen keinen Aufholprozess.

Das heißt, die gesamte Logik, wie wir im Moment Programme steuern und wie sozusagen auch in der Stadtgesellschaft aus legitimen Gründen, Machtgründen und sonstigen Verteilungsgründen solche Programme laufen, führen im Ernstfall wieder in diese typische Reproduktion der Hierarchien und dann kommen wir mit dem, was Armutsbekämpfung sein sollte, nicht voran.

Ich komme zum Schluss - das habe ich allgemeiner gefasst. Wachstum und Arbeitsplätze allein reduzieren nicht die Armut. Das ist ein Fazit, das ich noch einmal vorweg schicken will. Wir können natürlich bundespolitisch fordern, es muss eine Einführung einer armutsfesten Kindergrundsicherung geben, es muss existenzsichernde Regelsätze geben wie das Verfassungsgericht es vorgeschrieben hat, und wir müssen natürlich Bundesprogramme für ganztätiges Lernen in Kindertagesstätten und Grundschulen fortsetzen.

Was man in Bremen und Bremerhaven machen kann, auch dort bin ich der Meinung, dass es natürlich wichtig ist, auf Integration in den Arbeitsmarkt zu schauen, aber die politischen Handlungschancen hat man in dem Bereich der kommunalen Steuerung von Kitas und Schulen, das heißt im Bereich der Lehrer, Ausstattung, Konzepten und eventuell neueren Formen von Familienzentren. Das ist für die Zukunft ja auch schon so geplant, weil wir wissen, die Kinderzahlen steigen. Die demografische Diskussion, dass wir weniger Kinder haben und darum an der Bildung sparen können, ist zum Glück vom Tisch. Die Schülerzahlen

stabilisieren sich und auch das Zeitvolumen - das fordert ja auch die Wirtschaft - soll ausgeweitet werden, daran kommen wir nicht vorbei.

Die Konzentration auf kinderreiche und benachteiligte Quartiere muss im Mittelpunkt stehen, insbesondere auch bei dem Thema Sprachförderung, wenn es tatsächlich zu aufholenden Prozessen kommen soll und dann überhaupt kommen kann. Wir brauchen weiter so etwas wie Teilzeitausbildungsangebote für Alleinerziehende, da sie eine große Gruppe unter den Armutsbetroffenen hier in Bremen ausmachen, und eine Qualifizierungsoffensive für die vielen ohne Berufsausbildung.

Ganz am Ende, das ist mein Fazit, möchte ich sagen, wenn man schaut, was Bremen tatsächlich in diesem Bereich für Handlungsmöglichkeiten hat, dann ist wohl eine integrierte Sozial- und Bildungspolitik tatsächlich auch die bessere Arbeitsmarktpolitik, weil wir in Zukunft keine anderen Arbeitskräfte haben, die aus der jüngeren Generation nachwachsen, als diejenigen, die wir in der Region haben, und wenn wir die sozusagen gut ausbilden, dann ist das auch ein Vorteil für den Fachkräftemangel oder Fachkräftebedarf. Schlusspunkt.

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther greift auf, dass das Entscheidende die Teilhabe sei – Teilhabe in drei Bereichen: Bildungsbereich, Arbeitsbereich und auf Stadtteilebene. Die Frage ist, ob sich dies noch ergänzen ließe.

Herr Schwarzer sieht die Teilhabe als Trias, da es schwierig sei, etwas Allgemeines auf gesamtstädtischer Ebene zu machen. Es sei naheliegend in Quartieren aktiv zu werden und dort die Menschen herauszuholen, die in einer verfestigten Lage seien oder in einer Lage, in der noch Hoffnung bestehe. Es sei wichtig, dass man jemanden habe, dem man vertrauen könne, wenn man herauskommen will. Eine Bezugsperson sei erforderlich, an der man sich orientieren könne.

Abg. Dr. vom Bruch erkundigt sich, was die Kommunen anders gemacht haben, in denen es zu einer Zunahme an Bewegungen raus aus der Armut gekommen ist, als die Kommunen, in denen es eher zu einer Abnahme kam. Es sei interessant zu wissen, ob es spezifische Erkenntnisse gebe, was diese im konkreten Einzelfall getan und andere nicht getan haben.

Herr Schwarzer versucht das mit der Beantwortung der abstrakten und komplizierten Frage, was die erfolgreichen Großstädte gemacht haben, die sich bei der Armutsgefährdung nicht mehr gesteigert haben, sondern stabil geblieben sind, oder sich sogar verbessert haben, zu konkretisieren. Die, die sich stabilisiert oder verbessert haben, sind die besonders wirtschaftsstarke Städte in Süddeutschland. Dort gebe es schon auf dem Arbeitsmarkt eine andere Entwicklung. Städte wie Nürnberg oder Dortmund haben allerdings auch die Ansicht auf das Thema Armut geändert. Das Thema Armut werde nicht mehr als unangenehm gese-

hen, sondern als Schwierigkeit, die zu der Stadt gehöre und die Politik habe begonnen, etwas zu tun, unter anderem die Bekämpfung der Armut als aktive Aufgabe zu betrachten und Programme und Konzepte überlegt. Ob diese Projekte und Programme allerdings dazu beitragen, dass es Verbesserungen in den Armutsquoten gibt, möchte sich Herr Schwarzer nicht anmaßen zu sagen.

Jedoch gebe es erstmal eine Veränderung in der Stadtpolitik. Man müsse dieses Problem als ein Teil der Stadtgesellschaft aufnehmen und versuchen nicht zu stigmatisieren. Es sei möglich, bestimmte Maßnahmen einzuleiten, die Kinderarmut oder bestimmte Problematiken von Kinderarmut betreffen oder auch von Isolation, die es in Stadtteilen gebe, in denen Menschen aus ihrer Situation nicht herauskommen, weil sie sozial isoliert sind.

Es gebe auch in Bremen viele Beispiele, bei denen bekannt ist, dass es funktioniert. Es sei bekannt, dass es Schulen gibt, die auch in Armutsquartieren zu besseren Ergebnissen kommen. Ebenso sei bekannt, dass es in Bremen Mehrgenerationenhäuser oder Mütterzentren gibt, die dazu führen, dass Menschen aus sozialer Isolation wieder in Beziehungen kommen oder sich auf den Weg machen, eine Qualifizierung zu erlangen. Das könne unterstützt werden. Ob dies dann immer erst im ersten Arbeitsmarkt ende und damit die Armutsquote zurückgehe, das sei dann sozusagen eine längerfristige Perspektive.

Abg. Frau Vogt fasst auf, dass sich die Armutsbekämpfung in den Großstädten anders entwickelt als in den kleinen und mittleren Städten. Ballungsräume haben auch immer Zuzüge aus dem Umland, insbesondere die Arbeitsmarktentwicklung betreffend. Am Beispiel Bremerhaven werde deutlich, dass besser qualifizierte Arbeitsplätze eher im regionalen oder niedersächsischen Umland zu finden seien. Dies habe natürlich eine Konsequenz für die wirtschaftliche Entwicklung in Bremerhaven. Das Problem sei auch das regionale Einpendeln. Abg. Frau Vogt fragt, ob es eine Möglichkeit gebe, an der Situation zu drehen, dass Ausbildungsplätze in Bremen nicht überregional vergeben werden. Sie sehe ziemliche Zusammenhänge dahingehend, dass für Ballungsräume das Einpendeln einfach schwieriger sei. Die Frage sei, ob man politisch gegensteuern könne.

Herr Schwarzer betont, dass sich zu Bremen und Bremerhaven nur auf einer relativ abstrakten Ebene etwas sagen lasse. Umlandprobleme haben auch andere Großstädte. Bremen habe möglicherweise ein strukturelles Problem, da es lang gezogen an der Weser liege und Menschen schneller im Umland und damit auch in Niedersachsen sind. Aber auch andere Städte seien mit dem Problem konfrontiert und haben aus solchen Gründen beispielsweise eine Regionalbildung gemacht. Aufgrund der Struktur der Städte sei dies für Bremen und Bremerhaven sicherlich schwieriger anzugehen.

Abg. Dr. Güldner greift den Punkt auf, wie durch Kitaplätze Armut bekämpft werden könne. Er stimmt zu, dass der Besuch der Krippe unter drei Jahren plus Kita und dann die Förderung in der Schule ein wesentliches Instrument sei. Allerdings sei zu überlegen, ob nicht der gesetzliche Anspruch auf einen Kindergartenplatz ein Problem darstelle. Es sei möglicherweise ein Hebel geschaffen, der verhindere, dieses Instrument als sozialpolitisches Instrument einzusetzen. Abg. Dr. Güldner interessiert, ob es Vorschläge gebe, wie diese Komponenten miteinander kompatibel gemacht werden können.

Herr Schwarzer betont, dass zusammen mit der Arbeitnehmerkammer bereits dafür gekämpft wurde, dass schon viel eher Elternbefragungen durchgeführt werden und unterschreibe es nicht, dass es in den Quartieren wie Gröpelingen oder Tenever eine Nachfrage nach Kitaplätzen aus den Familien nicht gegeben haben solle. Es gebe eine bestimmte Art des Aufnahmeverfahrens, in dem Familien, die nicht berufstätig sind und Familien, die in bestimmten Situationen sind, auf den Prioritätenlisten oben stehen. Es herrsche eine Meinung, dass aufgrund des Rechtsanspruchs und der Verteilung von Kitaplätzen eine soziale Schieflastigkeit entstanden sei. Es gebe einen Rechtsanspruch, aber in den Einrichtungen sei dieser nicht zu finden. Es sei wichtig gewesen diese 35-Prozent-Quote zu haben und Herr Schwarzer sehe diesen Rechtsanspruch als wichtig und richtig an. Es sei schwierig etwas im Nachhinein zu beklagen - es müsse vielmehr im nächsten Schritt dafür gesorgt werden, dass der Bedarf und auch die Quartiere stärker zum Zuge kommen, die bislang noch nicht so stark zum Zuge gekommen sind.

Abg. Frau Ahrens hinterfragt, ob nicht eine Flexibilisierung des bisherigen Vier-Stunden-Angebots innerhalb eines Jahres angestrebt werden sollte, falls jemand eine Arbeit finde und aufstocken müsse und ob nicht eine Veränderung in dem jetzigen Vergabeverfahren vorgenommen werden solle.

Herr Schwarzer befürwortet eine Flexibilisierung der Anmeldesituation. In anderen Städten seien andere Verfahren der Anmeldung gewählt, in denen sozusagen geschaut wird, wie der Bedarf ist und was Eltern fordern und dieses Ergebnis werde dann in Plätze umgesetzt. Dies sei in Bremen allerdings anders und müsse deswegen flexibilisiert werden.

Abg. Möhle äußert, dass Bremen exzellente Wirtschaftsdaten habe und es in Bremen über all die Jahre vergleichsweise gut gelungen sei, den Strukturwandel zu bewältigen. Immerhin sei Bremen auch einer der größten Industriestandorte Deutschlands. Der Niedergang der Werften und der Woll-Kämmerei sei eine Herausforderung gewesen, aber die Frage sei, ob dies heute überhaupt noch relevante Größen seien. Er halte Bremen für eine ziemlich reiche Stadt, in der der Reichtum nur ungünstig verteilt sei. Man müsse die Wirtschaft voranbringen, was aber durch die Entkopplung von guter Konjunktur und Armut keinen großen Effekt auf

die Bekämpfung von Armut haben würde. Abg. Möhle fragt deswegen, ob die Bremer Wirtschaftsstrukturen überhaupt geeignet seien eine stabile Situation herzustellen.

Herr Schwarzer betont, dass die Werftenkrise in den Achtzigerjahren stattfand, also vor mittlerweile 30 Jahren und das hieße, dass nicht mehr nur eine Generation betroffen sei, sondern mehr als zwei. Es gebe einige Ostdeutsche Städte, die einen ähnlichen Wandel durchleben mussten, in denen mittlerweile auch eine verfestigte Armut existiere. Einige dieser Städte haben aber relativ erfolgreich diesen Strukturwandel durch das Angebot moderner Dienstleistungen bewältigt. Herr Schwarzer hält für die Armutsproblematik den Verweis auf die Werftenkrise für schwierig.

Abg. Dr. vom Bruch erteilt das Wort Herrn Dr. Warsewa.

Herr Dr. Warsewa: Vielen Dank! Ich hoffe, Sie sind lange Sitzungen und Diskussionen ja alle gewohnt zu ertragen, jetzt auch noch einmal weitere 20 oder 25 Minuten zuzuhören. Es gibt eine ganze Reihe von Punkten, auf die man jetzt eingehen könnte und vielleicht auch müsste. Ich versuche das einmal ein wenig einzuflechten.

Zunächst noch einmal die Sache mit dem Herunterzoomen. Wenn man das jetzt ernst nehmen würde, dann müsste ich jetzt sehr detailliert über Stadtteilentwicklungen reden, das war einer der Punkte. Man kann das sicherlich tun und zum Beispiel feststellen - das wäre die Antwort auf Ihre Frage, Herr Möhle -, dass wir in Blumenthal oder in Gröpelingen natürlich immer noch Nachwehen des Strukturwandels haben, dass wir aber in anderen Stadtteilen wie etwa in Tenever oder Huchting ganz andere Ursachenkomplexe von Armut oder mangelnden Teilhabechancen haben. Das heißt, es ist sehr verschieden in den einzelnen Stadtteilen. Ich möchte auch nicht wirklich auf die einzelnen Stadtteile eingehen, sondern ich habe mir gedacht, ich mache etwas anderes. Ich versuche sozusagen das Runterzoomen so zu interpretieren, dass ich ein bisschen mehr über die Fragen und die Bedingungen von einer Armutsbekämpfungspolitik reden möchte. Das hat sich in den Fragen schon angedeutet, die jetzt hier überall gestellt worden sind, dass das eigentlich das ist, was Sie auch am meisten interessiert.

Im Grunde genommen waren das schon Fragen danach, was man alles tun kann, wo es gute Beispiele gibt und so weiter. Ein wenig allgemeiner auf diese Fragen einzugehen und sich damit zu beschäftigen, was eigentlich für Politik in einer solchen Situation, wie sie Bremen hat, möglich ist. Das ist das Thema, über das ich reden möchte.

Ich muss noch eine weitere Vorbemerkung machen. Ich habe ganz bewusst keine Zahlen, keine Grafiken und so weiter eingebaut. Erstens haben wir davon schon eine ganze Menge gehabt, und zweitens gibt es natürlich dann doch so viele Studien und Daten, dass es immer schwierig ist, die auszuwählen, die dann im Zweifelsfall auch komplexe Zusammenhänge

wirklich gut deutlich machen. Wenn es Sie interessiert und wenn Sie dort einen Bedarf haben, können wir Ihnen den Faktencheck nachliefern. Ich bin dann gern bereit, all das, was ich hier jetzt an Thesen formulieren will, auch zu belegen und mit Zahlen, Daten und Statistiken zu untermauern - das geht.

Jetzt fangen wir einfach noch einmal mit der Frage an: Wie hängt eigentlich Wirtschaftsentwicklung und Armutsentwicklung zusammen, wie ist die Entwicklung und die Situation konkret in Bremen gewesen und wie muss man das verstehen?

Wir haben durchaus - das ist ja eben schon gesagt worden - in den Achtziger- und Neunzigerjahren aus einer Situation heraus, in der Bremen stärker als andere Städte von einzelnen Industrien geprägt war, einen Strukturwandel erlebt, der hier eben auch ganz besonders stark in Verlusten von Arbeitsplätzen, in Verarmungs- und Deprivierungstendenzen in Stadtteilen und so weiter zu Buche geschlagen ist. Das ist alles nichts Originelles, das kennen Sie alle. Es ist aber so, dass diese Deindustrialisierungsprozesse eine ganze Reihe von Verlierern in der Stadt hinterlassen haben, die dann in den nachholenden, aufholenden Modernisierungsprozessen der Neunziger- und frühen Zweitausenderjahre danach eben nicht mehr eingefangen und mitgenommen wurden, weil diese Modernisierungen eine ganz andere Struktur hatten und hervorgebracht haben, als wir sie bis dahin hatten. Das ist eine der wesentlichen Antworten darauf. Es gibt diese Hinterlassenschaften des Strukturwandels nach wie vor.

Wir haben seit den Neunzigerjahren zum Beispiel durch die Dienstleistungsökonomie, die sich breit gemacht hat, zugenommen hat, eine ganz fundamental veränderte Qualifikationsnachfrage in den Städten. Die deutschen Großstädte, vor allen Dingen im Westen, haben während der Neunzigerjahre eine Zunahme von über 100 Prozent, eine Verdoppelung etwa der Qualifikationsnachfrage für Akademiker, Fachhochschul- und Hochschulabschlüsse, verzeichnet, während alle anderen Elemente, Segmente von Qualifikationsstufen und Berufsbereichen abgenommen haben. Das ist ein Prozess, der sich erstens fortsetzen wird und zweitens, und das ist eigentlich noch Entscheidendere, durch das Bildungssystem, durch die Schulen, die Weiterbildungs-, die Ausbildungsinstitutionen nicht kompensiert worden ist. Das heißt, diejenigen, die vergleichsweise schlechten Bildungsvoraussetzungen haben, werden versuchen überhaupt erst einmal irgendwelche Abschlüsse zu machen, um fit für den Arbeitsmarkt zu werden. Die werden zu einem großen Teil durch die Bildungsinstitutionen nicht dazu befähigt, in diesem Prozess von Aufqualifizierungen, von durchgängiger Aufqualifizierung mithalten zu können.

Das bedeutet insgesamt, dass wir einen Teil von Menschen haben, die in der Stadt leben, die von den Modernisierungen - Herr Möhle, Sie haben das eben gesagt - und dem Trend

der positiven Wirtschaftsentwicklung in den letzten 15, 20 Jahren einfach überhaupt nicht profitieren konnten, an denen das schlichtweg vorbeigeht und die keine Chance haben, davon in irgendeiner Weise mitgenommen zu werden. Das ist ein entscheidender Punkt. Es gibt noch eine Reihe von anderen Punkten, auf die ich jetzt gar nicht weiter eingehen will.

Insgesamt sehen wir jedenfalls - das ist jetzt bei meinen beiden Vorrednern schon sehr deutlich geworden - es gibt stetig wachsende Anforderungen in diesem ganzen Bereich der Sozialpolitik, der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut und mangelnden Teilhabechancen. Ich komme gleich noch dazu, was das m Einzelnen bedeutet. Das ist nur die eine Hälfte des Problems. Dieses Problem haben eigentlich alle. Das haben wir ja heute auch schon deutlich gehört. Alle Großstädte haben in ähnlicher Weise mit diesen Problemen zu kämpfen.

Was die Situation in Bremen besonders kompliziert und besonders schwierig macht, ist, dass die Haushaltssituation so ist, wie sie ist und wir insgesamt etwas mehr von diesem Problem haben als andere Städte und mit dem wir etwas mehr zu kämpfen haben. Zum einen sind die Ressourcen, die andere Städte im größeren Umfang einsetzen können, hier nicht vorhanden und deutlich ist, dass bei diesen wachsenden Anforderungen die Möglichkeiten, sich durch rechtliche Maßnahmen mit diesen Dingen auseinanderzusetzen, sehr begrenzt sind.

Auch das könnte man noch ausführen. Wir können dort gern noch einmal drüber diskutieren. Das Entscheidende ist, Sie sehen das, wir haben insgesamt eine Situation in der wir stetig wachsende Anforderungen und Ansprüche haben, die eigentlich politisch bedient werden müssten. Wir haben aber auf der anderen Seite schrumpfende Ressourcen, nicht nur was Geld angeht, sondern eben auch durchaus auch, was die Möglichkeiten angeht, rechtlich auf die Probleme zu reagieren, auch ein bisschen was die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen politischer Handlungsmöglichkeiten insgesamt angeht.

Das ist eine Situation, die die besondere Konstellation in Bremen ausmacht. Aber eben nicht nur in Bremen, sondern auch in den Städten - das haben wir vorhin an den Grafiken gesehen -, die eine ähnlich ungünstige Entwicklung verzeichnen: das sind Bremen, Hannover, die Ruhrgebietsstädte und Leipzig - ist ein etwas anderer Fall, kann man aber vielleicht auch dazu zählen - das ist diese Gruppe von Städten, in denen in etwa diese Problemkonstellation vorhanden ist.

Die Auswirkungen, die wir auf der Ebene der einzelnen Menschen und der gesellschaftlichen Gruppierungen vorfinden, sind jetzt schon relativ deutlich beschrieben worden. Ich kann das, glaube ich, relativ kurz machen. Wir haben einen Bereich von verfestigter Armut, das sind diese 10, 12, vielleicht in Bremen ein bisschen mehr - 14, 15 Prozent - plus einen Bereich von Menschen, bei denen das Risiko relativ hoch ist, in die Gefährdung abzurutschen. Dazu gibt es das Problem, dass diese Menschen zu einem großen Teil in diesem verfestigten Be-

reich von Armut sind und dass wir eben diese komplexe Situation von mehreren Problemen haben. Es fehlt an Arbeit, es ist Bildungsferne vorhanden oder die Bildung funktioniert nicht so, wie sie funktionieren soll. Es gibt Probleme mit der Wohnung, mit der Gesundheit, mit der politischen Beteiligung und so weiter.

Die Normalität, wenn man so will, die wir sozusagen in den Mittelschichtsbereichen feststellen und die für uns eigentlich selbstverständlich ist, die funktioniert eigentlich in all diesen verfestigten Armutsbereichen überhaupt nicht. Der Zugang zu all diesen verschiedenen gesellschaftlichen Funktionen ist überhaupt nicht normal, sondern funktioniert entweder überhaupt nicht oder muss sich stark erkämpft werden.

Ein Teil der Lösungen, die dann diskutiert werden - und das ist auch immer die Frage der Kitas - ist natürlich völlig richtig, dass man Rechtsansprüche auf solche Zugänge ermöglicht und eröffnet. Der Nobelpreisträger Amartya Sen hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass allein Zugangschancen zu solchen gesellschaftlichen Funktionen nicht reichen, dass es nicht das ist, was eigentlich Armut und Ausgrenzung tatsächlich beseitigen kann, sondern es muss immer noch dazu kommen, dass die Menschen auch die Möglichkeit besitzen, diese Chancen tatsächlich zu nutzen, ihre Rechte und ihre Möglichkeiten tatsächlich auszuüben. Das Beispiel Kita wäre dort genau so eins. Man kann dort jetzt lange darüber diskutieren, was man zusätzlich zum Rechtsanspruch noch machen muss, aber es wäre jedenfalls ganz und gar der falsche Weg zu sagen, wir nehmen den Rechtsanspruch wieder weg. Das geht bestimmt nicht.

Das Beispiel, das Amartya Sen selbst genannt hat, ist noch eingängiger und einfacher. Er sagt immer, wenn man den Menschen ein Fahrrad gibt, dann haben sie zwar ein Fahrrad, aber man muss ihnen gleichzeitig die Verkehrsregeln erklären und beibringen, wie man Fahrrad fährt, welche Risiken es im Verkehr gibt und so weiter. Erst dann können sie sinnvoll diese Möglichkeit, die man ihnen dort eröffnet hat, tatsächlich nutzen. Genau das ist es, was eigentlich die Aufgabe für eine sinnvolle Politik gegen Ausgrenzung und für Teilhabe ausmachen würde.

Ich habe ein anderes Beispiel mitgebracht, an dem das noch einmal deutlich wird. Daran kann man das ganz schnell noch einmal zeigen. Es gibt bei sozialen Verhältnissen oder sozialen Entwicklungen kaum so klare oder eindeutige Korrelationen wie hier, beim Zusammenhang von Wahlbeteiligung und Sozialindikatoren. Sie sehen, die einzelnen blauen Punkte sind die Ortsteile Bremens, und ihre Wahlbeteiligung ist hier aufgetragen bei der Beirätewahl des Jahres 2007. Man sieht einen völlig klaren und eindeutigen Zusammenhang: je niedriger der Sozialindikator des Ortsteils ist, desto niedriger ist auch die Wahlbeteiligung. Das untermauert diese These noch einmal. Allein das Recht wählen zu gehen, bedeutet

eben nicht, dass man es auch sinnvoll nutzen kann. In vielen Bereichen ist es für die Menschen einfach sinnlos zu wählen, weil sie sich zu Recht nichts davon versprechen.

Es geht also um beides. Es geht darum, Teilhabechancen zu eröffnen und zu ermöglichen und es geht darum, Befähigungen zur Nutzung von solchen Chancen herzustellen. Das muss man beides in irgendeiner Form versuchen zusammenzudenken, und das bedeutet eben, wenn man jetzt darüber nachdenkt, was eine sinnvolle Politik, die man in so einer Richtung unternehmen will, ist. Zum einen hilft es nichts, man muss mit Komplexität umgehen. Den Zusammenhang von Problemlagen, muss man immer im Auge behalten, mit dem muss man arbeiten und auf die muss man reagieren, egal ob wir uns einzelne Familien, einzelne Milieus oder einzelne Stadtteile ansehen. Dazu gehören Arbeitslosigkeit, Bildungsferne, möglicherweise baulicher Verfall, soziale Isolation, Gesundheitsprobleme, Gewalterfahrungen, Probleme und Konflikte im Bereich der Aneignung von öffentlichen Räumen, was auch immer. Das ist, glaube ich, aber mittlerweile auch bei meinen Vorrednern schon deutlich geworden. Wenn man nur über Arbeitslosigkeit oder nur über Einkommensarbeit redet, dann hat man wenige Chancen, die Probleme tatsächlich zu lösen.

Das Zweite geht noch einmal zurück auf meine Anfangsfolie. Wenn wir schon vergleichsweise wenige Handlungsmöglichkeiten haben, dann geht es darum, Handlungsfähigkeit überhaupt zurückzugewinnen. Das kann man natürlich. Was man ganz bestimmt nicht machen kann, das ist, einfach mehr Geld auszugeben, das Bremen im Übrigen sowieso nicht hat. Deswegen gibt es eigentlich nur zwei tatsächlich sinnvolle Optionen und darüber möchte ich gleich noch einmal ein bisschen mehr reden.

Das eine sehen sie dort, das habe ich mal genannt: Herstellung akzeptabler Lebensverhältnisse und individuelle Ertüchtigung. Um es also auf den Punkt zu bringen - man wird Armut mit Politik nicht wirklich beseitigen, das ist die Botschaft, sondern, was man tun kann ist, die Folgen von Armut so zu gestalten, dass sie erträglich werden und dass man Menschen dazu befähigt, aus dieser Armut heraus, soziale Mobilität zu entwickeln und möglicherweise zu realisieren. Das ist ein wesentlicher Punkt.

Ein zweiter wesentlicher Punkt - das ist vielleicht auch noch nicht ganz deutlich geworden, aber das ist eigentlich auch in den Ausführungen von meinen beiden Vorrednern schon enthalten -, ist die Frage: Wie kann man eigentlich strukturelle Bedingungen verbessern, um mittel- und langfristige nicht nur Ursachen, das ist eigentlich schwierig, sondern die Folgen - müsste es hier auf der Folie heißen - von Armut zu beseitigen? Darüber kann man jetzt noch ein bisschen mehr sagen.

In der Einladung und in den Vorbereitungsmaterialien zu dieser Sitzung habe ich gesehen, dass viele gute Beispiele und Initiativen vorhanden sind, die Bremen unternimmt, um so et-

was wie eine Art von individueller Verbesserung oder eine Verbesserung von individuellen Lebensverhältnissen herzustellen. Dort tauchen dann alle Initiativen auf, die dort aufgezählt sind wie der BremenPass, die Deutschkurse, die Schulsozialarbeit und so weiter.

Im Bereich Bildung, Arbeit, Weiterbildung, Qualifizierung und kulturelle Integration wird dort relativ viel getan, und da habe ich das Gefühl, dass Bremen in diesem Bereich eigentlich nicht so schlecht ist und man eigentlich eine Menge an sinnvollen Initiativen nachweisbar vorfinden kann. Alle diese Dinge - das ist wichtig, natürlich - müssen oder sollten so gestaltet sein, dass der Zugang wirklich einfach ist und man sie auf eine Art und Weise erreichen und nutzen kann, die nicht diskriminierend ist. Das ist aber, glaube ich, selbstverständlich.

Der Punkt, auf den es mir eigentlich mehr ankommt, wäre jetzt der zweite. Hier habe ich das Gefühl, dass es zumindest aus meiner Sicht und aus meiner Erfahrung, wie ich das in Bremen beobachte, eher Defizite und Mängel gibt, und das ist das, was hier mit strukturellen Bedingungen für die Beseitigung von Armut gemeint ist. Es ist sicherlich sinnvoll, dass man versucht, so etwas wie Informations- und Entscheidungsgrundlagen zu optimieren. Ich glaube, wir haben in Bremen mindestens zehn verschiedene Systeme von Sozialindikatoren, mit denen wir versuchen, die Situation und die Entwicklung in Stadtteilen oder in bestimmten Segmenten der Bevölkerung zu beobachten und zu beurteilen. Das gehört, finde ich, vereinheitlicht und systematisiert, und dort sollte man sich darauf verständigen, dass man ein vernünftiges System des Stadtmonitorings endlich zustande bringt.

Das System, das hier bisher eigentlich immer verwendet wird, ist ein System, das uns lediglich beschreibt, wie die Situation in den einzelnen Stadtteilen oder einzelnen Bereichen der Gesellschaft ist. Aus meiner Sicht wäre es sinnvoll, wenn man versuchen würde, das durch das, was wir hier Inputanalyse genannt haben, zu ergänzen. Das heißt, ein Monitoringsystem, das auch Auskunft darüber gibt, in welcher Weise eigentlich die einzelnen Stadtteile und Ortsteile unterstützt werden und was man eigentlich über den Zusammenhang von Input und Output in den einzelnen Stadtteilen sagen, das wäre eine anspruchsvolle, auch methodisch anspruchsvolle Statistik, die man entwickeln müsste, die aber sehr viel aussagekräftiger wäre, als einfach nur festzustellen, dass zum Beispiel in Borgfeld oder in Horn die Einkommen sehr viel höher sind als in Oslebshausen. Da ist klar, was gemeint ist.

Ein zweiter wichtiger Punkt, der, glaube ich, auch klar ist: Es gibt alle möglichen Ansätze und Optionen, die sich auf die Stadtteile, auf die Quartiere beziehen. An der Stelle glaube ich aber, dass das einzige Instrument, das in Bremen tatsächlich einigermaßen systematisch eingesetzt wird, sind die WIN-Mittel und alles, was mit dem Bundesprogramm Soziale Stadt kombiniert ist. Ansonsten gibt es im Wesentlichen Insellösungen, Modelprojekte und nie-

mals, jedenfalls soweit ich das sehen kann, die Möglichkeit, gut befundene Modelle oder Problemlösungen tatsächlich zu verallgemeinern.

Um ein Beispiel zu nennen: Wir haben am zwei Stellen so etwas wie Quartiersbildungszentren eingerichtet. Diese beiden - ich glaube, eins funktioniert ganz gut, das andere funktioniert nicht so gut, aber da kann man auch sagen, warum es nicht so gut funktioniert - wären ein Modell, das an vielen Stellen im Schulbereich eine Reihe von Problemen aufgreifen und lösen könnte oder zumindest dazu beitragen könnte, Probleme zu lösen. Aber es ist nicht möglich, diese Art von anderer, neuer, moderner, problemangemessener Schule tatsächlich über die Stadt zu verallgemeinern. Das finde ich sehr schade.

Eine andere Diskussion, auf die ich hier hinweisen würde, ist das, was ich dort fett gekennzeichnet habe, nämlich den Unterschied zwischen verschiedenen Arten der Segregation. In der Stadt wird immer nur politisch darüber diskutiert, dass Segregation eigentlich etwas ist, was schlecht ist. Man kann aber durchaus feststellen, dass an vielen verschiedenen Stellen so etwas wie eine freiwillige und chancenoptimierende Separierung von einzelnen Bevölkerungsgruppen durchaus sinnvoll ist. Darüber zu diskutieren, an welcher Stelle Segregation und die Separierung von einzelnen Bevölkerungsgruppen in der Stadt sinnvoll und nicht sinnvoll ist, wäre vorteilhaft. Da kann man dann durchaus auch Maßnahmen anschließen, die dazu beitragen würden, dass in bestimmten Bereichen der Stadt so etwas wie eine Verbesserung der sozialen Situation in Stadtteilen und Quartieren dazu beiträgt, dass Segregation durchaus auch positiv wirken kann. Noch einmal auf die Frage von Herrn Möhle: In Tenever haben wir einen ganz großen Umschlag von Personen, da funktioniert zu einem bestimmten Teil dieses Prinzip der sozialen Mobilität. Der Wegzug von Personen aus Tenever bedeutet in der Regel auch, dass sie tatsächlich zumindest ein kleines Stück sozialen Aufbruch realisieren können. Wenn dann festgestellt wird, dass wir nach wie vor eigentlich immer relativ schlechte Sozialindikatoren für Tenever haben, dann bedeutet das nichts anderes, als dass immer bestimmte Gruppen nachziehen und die Situation der Aufstiegs- und Verbesserungsprozesses, wenn man so will, immer wieder von Neuem beginnt. Insofern ist durchaus ein solches Quartier eine hilfreiche und sinnvolle Einrichtung in einer Stadt.

Nächster Punkt! Was wir oft beobachten, ist, dass vor Ort in den Quartieren und in den Stadtteilen es zwischen den Beteiligten - sowohl Bewohner und Bewohnerinnen als auch Institutionen, Vertreter von allen möglichen Organisationen und so weiter - eine verhältnismäßig gut, engagierte und sehr intensive Zusammenarbeit gibt. Oftmals kollidieren diese Entwicklungen in den Stadtteilen mit den Handlungslogiken, den Vorgaben, den politischen Zielen, die auf anderen Hierarchieebenen verfolgt werden und das macht es oftmals sehr schwer, vernünftige, oder sagen wir einmal, zumindest vielversprechende Aktivitäten auf der Stadtteilebene dann auch tatsächlich so umzusetzen, wie man das eigentlich doch vor Ort

für sinnvoll hält. Es gibt viele Beispiele, die man dafür anführen könnte. Der entscheidende Punkt dabei ist, dass man versuchen muss, nicht nur so etwas wie eine funktionierende Zusammenarbeit in den Stadtteilen zwischen Kirchengemeinden, Behörden, Schulen und anderen Trägern hinzubekommen, sondern dass dies auch gedeckt, gewollt und gestützt wird durch die oberen Hierarchieebenen in den entsprechenden Einrichtungen. Das funktioniert nicht immer, und diese Art von Übersetzung und Abstimmung in der Vertikalen bleibt bisher nach wie vor ein großes Problem.

Letzter Punkt! Ich glaube, man kann durchaus Entlastungen für Politik dadurch herstellen, dass man auch zivilgesellschaftliches Engagement und Ressourcen mit einbezieht. Es gibt ganz viele solcher Initiativen, das weiß ich wohl. Wenn man allein gestern im „Weser-Kurier“ geschaut hat, oder heute vielleicht sogar, ich weiß es nicht mehr, dann findet man einige solche Dinge, die als gute und sinnvolle Beispiele vorgestellt werden. In der Regel funktioniert nicht gut, dass diese Initiativen bewusst und gezielt auch in der systematischen und koordinierten Weise diejenigen im Auge haben, über die wir hier reden, nämlich diese Leute, die von mehrfachen Benachteiligungen, Armutsproblemen und so weiter betroffen sind.

Ich finde, es wäre einmal eine interessante Initiative, so etwas wie einen Schüleraustausch zwischen Huchting und Borgfeld oder zwischen Gröpelingen und Schwachhausen zu organisieren. Man könnte sich da auch viele andere Dinge vorstellen, die möglicherweise hilfreich wären. Gerade in den Bereichen Kommunikation und Begegnung, glaube ich, entscheidet sich sehr viel, wie die Atmosphäre, wie die politische Stimmung in einer Stadt sich entwickelt. Wenn wir ehrlich sind, dann müssen wir, glaube ich, zugeben, dass eine intensive Begegnung zwischen unterschiedlichen Sozialmilieus in Großstädten, das gilt für Bremen wie für andere, inzwischen heutzutage fast nur noch, wenn überhaupt, in den Grundschulen passiert. Nicht einmal mehr im Weserstadion, würde ich behaupten!

Kurzum, die Botschaft ist klar: Es geht eigentlich um die Systematisierung von Initiativen, es geht um die Verallgemeinerung von guten Beispielen und von Insellösungen, die alle da sind, oder viele jedenfalls, es geht um die Koordination von verschiedenen Politiken in verschiedenen Bereichen, die dieser Komplexität von Problemen dann auch tatsächlich angemessen wären! - Danke schön!

Abg. Dr. Güldner verdeutlicht, dass trotz Haushaltsnotlageland das Phänomen aufgetreten sei, dass es über fünfzig Ganztagschulen in Bremen gebe und die U-3-Betreuung von 3 Prozent auf 40 Prozent gestiegen sei und möchte in diesem Zusammenhang wissen, wie man mit dem Phänomen umgehen müsse, dass Investitionen in Bereichen wie Ganztagschulen und Betreuung der Unter-Dreijährigen unter der Überschrift stetig schrumpfender

Ressourcen zusammengefasst werden. Es sei interessant zu wissen, wo objektiv tatsächlich Ressourcen geschrumpft und wo sie massiv gestiegen seien.

Herr Dr. Warsewa erklärt, dass es unterschiedliche Maßstäbe dafür gebe, was genug sei. Stelle man fest, man habe nur begrenzte Ressourcen und versuche mit Mühe noch eine Steigerung abzurufen, dann sei das einerseits positiv. Messe man dies aber daran, was eigentlich nötig wäre, dann sei es zu wenig. Ganztagschulen sollten nicht verallgemeinert werden. Eigentlich sei dies aber keine wissenschaftliche zu beantwortende Frage, sondern eher eine Frage, die politisch und gesellschaftlich beantwortet werden sollte. Andererseits sei die aufsteigende Tendenz positiv hervorzuheben. Es sei aber aus vielen Gründen sinnvoll, Ganztagschulen in Deutschland zu entwickeln. Allerdings gebe es auch Anträge von diversen Schulen, keine Ganztagschule zu werden.

Abg. Frau Grönert erkundigt sich nach der Koordination und Kombination von Ressourcen und möchte in diesem Zusammenhang wissen, wie das in der Umsetzung aussehen könne und auf welcher Ebene Netzwerkbildung geschehen solle.

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther geht noch einmal auf die Nutzungsmöglichkeiten von Teilhabe ein und die Förderung der strukturellen und persönlichen Möglichkeiten. Die Erläuterung einiger Beispiele, die verdeutlichen, wie so ein Prozess aussehen könnte, in dem es um strukturelle und individuelle Förderung gehe, sei interessant.

Herr Dr. Warsewa berichtet von dem Beispiel einer Bildungslandschaft oder eines Bildungsnetzes in einem Quartier, das zeige wie individuelle Förderung mit der strukturellen Verbesserung von strukturellen Bedingungen kombiniert werden könne. In einem Quartier in Huchting wurden eine Kita und eine Ganztagschule zu einem gemeinsam zusammenarbeitenden Komplex zusammengeführt. Dafür bedurfte es vieler Beteiligter, um dieses Projekt zum Erfolg zu bringen. Notwendige bauliche Veränderungen führten dazu, dass nicht mehr nur finanzielle Mittel des Sozial- und Bildungsressorts erforderlich waren, sondern auch EFRE-Mittel des Bauressorts. Zudem brauche man verschiedene Expertinnen und Experten, die auf die festgestellten Probleme – das sei die Antwort auf die Frage nach individueller Förderung – die in dem Quartier vorhanden seien, auch reagieren können. Notwendig seien auch freie Träger für die Jugendarbeit, das Gesundheitsamt und eine Sozialberatung. Diese Träger seien alle vor Ort zusammengefasst, sodass man keine Schule, sondern ein Quartiersbildungszentrum ins Leben gerufen habe.

Abg. Frau Vogt bittet darum den Punkt der Rechtskompetenzen unter den ständig schrumpfenden Ressourcen noch einmal erläutert zu bekommen und um Lösungsvorschläge wie man an die Komplexität herangehen könne.

Herr Dr. Warsewa erläutert, wenn man versuche in einer gemeinsamen kooperativen Struktur nicht nur auf Bildungsprobleme zu reagieren, sondern auch auf Isolationsprobleme, Gesundheitsprobleme et cetera und die Schule gleichzeitig zu einem Ort mache, der tatsächlich so etwas wie ein Begegnungszentrum und eine Art kultureller Treffpunkt im Stadtteil sei, dann reagiere man in der Tat auf mehrere solcher Problemlagen und könne versuchen Synergieeffekte auch zu nutzen.

Eine relative Schrumpfung lasse sich durch steigende Probleme beispielsweise im Bereich der Weiterbildung und der Bildungszielplanung, wie sie von der Bundesagentur für Arbeit gemacht werden, erkennen. Die Stadt benötige einen Einfluss, da sich in diesem Bereich Probleme konzentrieren.

Abg. Frau Krümpfer erkundigt sich, ob es Erfahrungen aus anderen Städten oder Ländern gebe, wann bestimmte Maßnahmen ihre Wirkungen überhaupt zeigen und greifen können.

Herr Dr. Warsewa erklärt, dass es für dieses weite Feld die Voraussetzung von Vorher- und Nachhervergleichen geben müsse. Grundsätzlich brauche es aber seine Zeit. Ein Beispiel aus England mit ähnlichen Projekten und annähernd gleichen Mischungen aus Schule, Sozialberatungen und allen möglichen Arten von Unterstützungsleistungen (outstanding schools) zeige relativ gute Erfolge. Es gebe eine einigermaßen seriöse Evaluation, die nach drei, vier Jahren eine verbesserte Situation in den Stadtteilen aufweise. Dieses Beispiel lasse sich aber nicht verallgemeinern. Natürlich komme es immer auf die Rahmenbedingungen an und eine zeitliche Festlegung sei deswegen schwierig.

Herr Schwarzer berichtet von dem positiven Beispiel der Schule am Pfälzer Weg. Die Schulleiterin habe in einem Interview erzählt, dass vom Zeitpunkt des ersten Schrittes des Projektes, einem jahrgangsübergreifenden Lernen, bis zu dem Zeitpunkt als die Schule den Deutschen Schulpreis erhalten habe, siebzehn Jahre vergangen seien. Umbauprozesse dauern sicherlich lange, jedoch konnte die Schulleiterin auch erzählen, dass schon nach zwei, drei Jahren das Klima zwischen den Kollegen erheblich besser geworden sei und dass auch die Schüler motivierter seien. Es gehe also in kleinen Schritten, aber bis man zu einem ausgereiften Projekt komme, könne es durchaus zehn Jahre dauern.

Diese Zeitspanne lasse sich auch durch Erfahrungen bestätigen, die andere Städte oder Stadtteile gemacht haben. Es gebe viele Städte, die sich auch mit Ganztagschulen oder mit ähnlichen Einsätzen in benachteiligten Quartieren engagiert haben und man gehe davon aus, dass bei der Planung eines solchen Umstrukturierungsprozesses ungefähr ein Zeitraum von zehn Jahren mindestens eingeplant werden müsse.

Der Umbau des lokalen Sozialstaates – also das, was derzeit diskutiert werde in Richtung Bildung, Kitaausbau, neue Infrastrukturen – sei kein Prozess, bei dem man in Bremen sagen könne, man bekomme ihn aufgehalst ohne Ressourcen zu haben. Das sei ein Trend, der laufe in Bremen wie in anderen Städten. Der Aufbau eines lokalen Sozialstaates sei Aufgabe der Städte, Länder und Kommunen. Der Bund könne da hoffentlich unterstützende Programme bereitstellen, aber die gestaltende Aufgabe müsse durch Länder und Kommunen bewältigt werden. Je schneller und besser dies gelinge, desto eher könne man verhindern, dass immer wieder Generationen nachwachsen, die in den Arbeitsmarkt hineinkämen, ohne entsprechende Qualifikationen mitzubringen. Das sei der Punkt an dem angesetzt werden müsse, auch auf lange Sicht, da man nach Meinung von Herrn Schwarzer keine andere Alternative habe, die Probleme anzugehen.

Abg. Dr. vom Bruch beginnt eine abschließende Runde und fragt, was man zusätzlich tun könne und ob es möglicherweise aus Sicht der Redner Dinge gibt, bei denen man sagen könne, da sei das Prinzip obwaltend gut gemeint, und die Wirkung dessen, was mit einem möglicherweise doch anspruchsvollen Ressourcenaufwand gemacht wurde, sei eben entweder marginal oder gar nicht vorhanden. Die Frage sei, ob es aus Sicht der Redner Dinge gebe, die man entweder grundsätzlich anders machen müsse oder die man durch Umsteuerung auch sparen könne.

Herr Dr. Warsewa bekräftigt, dass es Ansätze gebe, bei denen es gar nicht vordergründig sei Geld auszugeben, sondern um bessere Zusammenarbeit und Koordination zwischen Ressorts und zwischen verschiedenen Akteuren in der Stadt und das könne ebenfalls bessere Ergebnisse erzielen. An welchen Stellen Dinge passieren, die ganz und gar sinnlos oder ineffektiv seien, sei schwer zu sagen.

Herr Prof. Dr. Groh-Samberg greift an dieser Stelle noch einmal den Punkt nach der Dauer der Wirkung einer Maßnahme auf. Im Modellfall der Bildungsreformen, konkret die Diskussion über Kitaplätze, werde deutlich dass von solchen Öffnungen und neuen Teilhabechancen am Ende nicht die profitieren, die adressiert waren. Fraglich sei, für welche Programme, welche Mittel eingesetzt werden und wie die Umverteilungspolitiken gestaltet sein sollen. Es sei dabei aber immer dringend erforderlich, die Mittelschicht mit ins Boot zu holen und nicht nur die untersten Gruppen anzusprechen. Es seien solche Modelle gut, in denen eine Art Tandem entsteht, bei denen man die Mittelschicht, oder vielleicht auch nur Teile der Mittelschicht mit ins Boot holt, die sich möglicherweise selber mal in einer Notlage befanden und eine gewisse Sensibilität haben. Das Problem sei sonst nämlich häufig, dass die Gruppen, die in verfestigter Armut leben, von manchen Maßnahmen sonst nicht mitgenommen werden. Man müsse Maßnahmen so gestalten, dass keine Konkurrenzen aufgebaut werden, sondern Solidaritäten gestiftet werden.

Diese Aussage wird bekräftigt durch die positiven Effekte und den positiven Verlauf in den 1960er und 1970er Jahren. Aufstiegsmobilitäten und die Balance der Ungleichheitenentwicklung funktionierte in dieser Zeit besser, da die ungelerten Arbeitermilieus in einer Koalition mit den Facharbeitermilieus waren. Solche Koalitionen seien notwendig, damit die unteren Bevölkerungsgruppen nicht abgehängt werden. Da sei die Kreativität der Politik gefragt.

Es sei erforderlich an beide Enden zu schauen. In den letzten Jahrzehnten habe der Reichtum zugenommen und die Lohnquote sei heruntergegangen. Das sei eine Entwicklung, die die Mittelschichten nervös mache, da sie in diesem Prozess mithalten und sich nach unten hin abgrenzen wollen.

Aus politischer Sicht sei die Frage, wie man Solidarität auch wieder politisch organisieren will. Auch bei dem Blick auf den vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird deutlich, dass der Fokus stark auf das Thema Chancen ist, mit der Absicht, die Mittelschichten dafür zu interessieren. Ein Hinweis für den Ausschuss der Bremischen Bürgerschaft sei also, sich mit dem Thema Solidarität auseinanderzusetzen und auch solche Maßnahmen ins Leben zu rufen, die für Mittelschichten attraktiv seien.

Abg. Frau Vogt stellt die Frage, ob es eine Berechnung gebe, wie hoch die Kosten diverser Programme zur Förderung Jugendlicher hinaus aus der Arbeitslosigkeit seien, verglichen mit den Zahlen, die dann nicht zu zahlenden Sozialleistungen durch den Staat. Konkret gehe es also um die Kosten der Arbeitslosigkeit.

Herr Schwarzer betont, die Arbeitnehmerkammer habe bislang keinerlei Berechnungen angestellt. Es sei aber bekannt, dass ein Kollege zum einen Kosten der Kitabetreuung und die Effekte, die man dort für Frauen, die sich dadurch in eine Erwerbstätigkeit integrieren können, aufgeführt habe. Konkret wurde die Quote berechnet, die es Frauen ermöglicht durch Kitabetreuung in längerer Teilzeit tätig zu sein und damit Sozialversicherung an die Kommunen abzugeben. Das seien Berechnungen auf Bundesebene. Das Problem sei aber, dass Investitionen in Kitas et cetera von den Kommunen getragen werden, während die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge beim Bund und den Arbeitgebern geleistet werden.

In einem größeren Raum lohne sich volkswirtschaftlich eine solche Berechnung durchaus. Das Problem sei, dass die, die die Investitionen tätigen, diese Kosten nicht im Retourlauf haben. Das liege an unserer föderalen Schichtung. Natürlich sei es sinnvoll, die Förderungen und die Investitionen, die man macht auch frühzeitig, im frühkindlichen Alter, einzusetzen und nicht erst im höheren Schulalter. Das bedeute allerdings nicht, dass eine Förderung im Schulalter, also im Bereich der Nachqualifizierung, dann eingestellt werden könne und weniger Sozialleistungen aufgebracht werden müssen. Man könne nicht in späteren Bereichen etwas wegnehmen, nur weil man im frühkindlichen Alter investiert habe. Zudem befinde sich

Deutschland in einer Situation, dass durch Zuwanderung immer neue Gruppen kommen mit denen bestimmte Effekte einhergehen.

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther merkt an, dass sie den Hinweis von Herrn Prof. Dr. Groh-Samberg auf die Solidarität zu setzen für sehr gut halte. Es gebe sozialwissenschaftliche Studien, die belegen, dass die Gesellschaften am glücklichsten seien, die die geringste soziale Spaltung haben. Diesen Aspekt solle man im Kopf behalten, wenn man über Armutsbekämpfung spreche. Wenn man eine Umverteilung vornehme, dann bedeute es auch einen Vorteil für die Mittel- und obere Mittelschicht, wenn da die Angleichung wieder stattfinde. Die Bitte an den Ausschuss sei, dass bei den zukünftigen Themen auch unter der Überschrift, wie Teilhabe in diesen speziellen Bereichen gestaltet werden könne, mit einzubeziehen und dann konkret bis auf Stadtteilebene herunterzuschauen, wie über Stadtteilprojektförderung im Sinne einer strukturellen und individuellen Förderung vorgegangen werden könne.

Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh greift noch einmal auf, dass in den Ausführungen der Redner deutlich wurde, dass Hartz IV nicht zu einer Verfestigung der Armut geführt habe. Es sei informativ zu erfahren, ob Studien bezüglich des Asylleistungsgesetzes existieren, beispielsweise ob die gesetzlichen Vorgaben Menschen in eine bestimmte Situation hineinpressen oder Menschen in einem bestimmten Status gehalten werden.

Herr Prof. Dr. Groh-Samberg verdeutlicht, dass ihm keinerlei Studien bekannt seien, da es sich um eine Gruppe handle, die von Umfragedaten, die genutzt werden, nicht oder häufig nicht erfasst sei.

3. Beschlussfassung über ständige Gäste des Ausschusses

Abg. Dr. vom Bruch stellt die mit den Sprechern des Ausschusses zusammengetragene Liste der Einrichtungen vor, die als ständige Gäste zum Ausschuss eingeladen werden sollen. Das sei die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V., die Arbeitnehmerkammer, der Arbeitskreis Armut und Sozialhilfe, die Handelskammer Bremen und die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven sowie die Senatskanzlei.

Abg. Dr. Güldner merkt an, Frage sei auch, ob man als ständigen Gast die Universität oder die Hochschule bzw. Institutionen der Wissenschaft einlade, wenn dann auch in wechselnder Besetzung zu jeweiligen Themen.

Abg. Dr. vom Bruch erwidert, dass der Punkt Wissenschaft in Klammern auf seiner Liste stehe und dieser kurzfristig zu konkretisieren sei. Der Punkt sei nicht in Vergessenheit geraten, müsse jedoch noch mit Leben gefüllt werden.

Abg. Dr. Güldner erhebt den Vorschlag, die Universität Bremen als ständigen Gast zu benennen und diese zu bitten und festzulegen, für jedes Thema, das ansteht, ein Mitglied der Universität zu schicken.

Abg. Dr. vom Bruch nimmt die Anregung auf.

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag zu.

4. Verschiedenes

Abg. Dr. vom Bruch regt die Klärung der Gestaltung der nächsten Anhörung zum Stichwort Kinderarmut an.

Die **Abg. Möhle** und **Abg. Dr. Güldner** konstatieren, sie seien der Meinung, dass das Thema Arbeitsmarkt voran gestellt werden solle.

Abg. Dr. Güldner ist der Ansicht, es sei sinnvoll, das Thema Kinderarmut nach den Ferien zu besprechen und den Armuts- und Reichtumsbericht des Senats abzuwarten, um dieses Thema näher zu analysieren.

Er gibt zu bedenken, dass die Voraussetzung, die seitens seiner Fraktion gefordert seien - das Vorliegen des Armuts- und Reichtumsbericht – bei der Reihenfolge Kinderarmut und Migration vor der Sommerpause nicht erfüllt werden könne.

Abg. Dr. vom Bruch betont, er habe dies anders verstanden und die Reihenfolge sei auch schriftlich fixiert.

Abg. Frau Vogt merkt ebenfalls an, dass sie die festgelegte Reihenfolge ebenso in Erinnerung habe wie der Abg. Dr. vom Bruch.

Abg. Frau Ahrens deutet an, dass es fraglich sei, ob neue Erkenntnisse in dem Bericht zu finden sein werden und dass die derzeitige Datenlage im Bereich der Kinderarmut relativ gut eruiert sei.

Abg. Dr. vom Bruch glaubt, das Argument Armuts- und Reichtumsbericht schlage sich nicht im engeren Sinne auf das Thema Kinderarmut nieder. Kinderarmut sei sicher ein Thema,

jedoch solle der Bericht keine richtungsweisende Entscheidung für die gewählte Reihenfolge sein.

Abg. Dr. Güldner gibt sich damit einverstanden, die Entscheidung dem Abg. Möhle zu überlassen.

Abg. Dr. vom Bruch hält fest, dass sich der Ausschuss vor der Sommerpause mit den Themen Kinderarmut und Migration befasst.

Abg. Dr. vom Bruch regt an, bis zur Kalenderwoche 24 pro Fraktion einen Teilnehmer für die nächste Anhörung zu benennen, sodass am Rande der interfraktionellen Besprechung ein Ablauf kurz beraten und vorskizziert werden könne, um eine Grundlage für die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu haben.

Die Mitglieder des Ausschusses äußern sich zustimmend.

Der Ausschuss bittet im Hinblick auf den späten Beginn der nächsten Sitzung die Ausschussassistenten, sicherzustellen, dass eine längere Öffnungszeit des Hauses gewährleistet ist.

(Schluss der Sitzung 17.45 Uhr)



Dr. vom Bruch

Ausschussvorsitzender